Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1997

Nr. 41

ausgegeben am 24. Januar 1997

Verordnung

vom 17. Dezember 1996

zum Gesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsverordnung; VersAV)

Aufgrund von Art. 4 Abs. 2, Art. 15 Abs. 2, Art. 16 Abs. 2, Art. 17 Abs. 2, Art. 20 Abs. 2, Art. 39 Abs. 1, Art. 40 Abs. 4, Art. 41 Abs. 3, Art. 48 Abs. 2 und Art. 67 des Gesetzes vom 6. Dezember 1995 betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz; VersAG), LGBL 1996 Nr. 23¹, verordnet die Regierung:

I. Geltungsbereich der Versicherungsaufsicht

Art. 1

Aufsichtspflichtiger Betrieb der Direktversicherung

1) Im Fürstentum Liechtenstein betreibt die Direktversicherung, wer im Inland belegene Risiken oder vom Inland aus in einem anderen Staat belegene Risiken deckt.²

2) Die Aufsichtsbehörde entscheidet im Einzelfall über die Versicherungsaufsichtspflicht.

Art. 2³*Rückversicherung*

1) Für Unternehmen, die ausschliesslich die Rückversicherung betreiben, gelten die Art. 6 bis 10, 17 Abs. 4, 18a, 26a, 28a bis 28n, 47a bis 47g, 57 bis 72d.

2) Rückversicherungsunternehmen, die bereits über eine Bewilligung verfügen und ihre Tätigkeit auf andere als die zugelassenen Rückversicherungszweige ausdehnen wollen, haben für diese ein neues Bewilligungsgesuch einzureichen.

Art. 3⁴*Mitversicherung*

Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens unterliegen der Versicherungsaufsicht nicht, soweit sie sich im Wege der Mitversicherung an im Inland abgeschlossenen Versicherungsverträgen über Grossrisiken gemäss Anhang 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes mit Ausnahme der Haftpflicht für Schäden durch Kernenergie oder Arzneimittel beteiligen.

Art. 4

Tontinen- und Kapitalisationsgeschäfte

1) Tontinen- und Kapitalisationsgeschäfte fallen nur dann in den Anwendungsbereich der Versicherungsaufsichtsgesetzgebung, wenn sie von Versicherungsunternehmen betrieben werden, denen die Bewilligung für einen anderen Versicherungszweig in der Lebensversicherung erteilt wurde; in diesem Fall werden sie Lebensversicherungsgeschäften gleichgestellt.

2) Tontinengeschäfte umfassen die Bildung von Gemeinschaften, in denen sich Teilhaber vereinigen, um ihre Beiträge gemeinsam zu kapitalisieren und das so gebildete Vermögen entweder auf die Überlebenden oder die Rechtsnachfolger der Verstorbenen zu verteilen.

3) Als Kapitalisationsgeschäfte gelten Geschäfte, denen ein mathematisches Verfahren zugrunde liegt, wobei gegen im voraus festgesetzte einmalige oder regelmässig wiederkehrende Zahlungen bestimmte Verpflichtungen übernommen werden, deren Dauer und Höhe genau festgelegt sind.

Art. 5

Touristischer Beistand

Der Versicherungsaufsicht unterstehen nicht Versicherungsunternehmen, die folgende Bedingungen erfüllen:

- a) das Unternehmen übt keine andere Versicherungstätigkeit als den Touristischen Beistand aus;
- b) diese Tätigkeit ist örtlich beschränkt und besteht ausschliesslich aus Naturalleistungen;
- c) der Jahresbetrag der Einnahmen aus diesem Tätigkeitsbereich übersteigt nicht 200 000 Euro.⁵

II. Aufnahme der Geschäftstätigkeit

Art. 6

Bewilligungsgesuch

1) Das Bewilligungsgesuch und die damit einzureichenden Unterlagen müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Die Aufsichtsbehörde kann beglaubigte Übersetzungen zulassen.

2) Bei der Umschreibung von Zweck und Organisation des Unternehmens sind die Bestimmungen über die Unzulässigkeit versicherungsfremden Geschäfts zu beachten.

3) Die Angaben zur Solvenz des Unternehmens haben sich insbesondere auf die Erfordernisse und Auflagen zu beziehen, wie sie näher in Art. 12 bis 28n festgelegt sind.⁶

4) Die Jahresrechnung muss von einer anerkannten Revisionsstelle geprüft sein.

5) Verträge oder sonstige Absprachen betreffend Funktionsausgliederung sind lückenlos vorzulegen.

Art. 7⁷*Fachliche Qualifikation und persönliche Integrität der Leitungsorgane*

1) Für die Beurteilung der fachlichen Qualifikation der Mitglieder des Aufsichts- beziehungsweise des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung wird vorausgesetzt, dass mindestens ein Mitglied der Geschäftsleitung und

ein Mitglied des Aufsichts- beziehungsweise des Verwaltungsrates in ausreichendem Masse über theoretische und praktische Kenntnisse in Versicherungsangelegenheiten sowie über Leitungserfahrung verfügt. Dies ist regelmässig anzunehmen, wenn eine dreijährige leitende Tätigkeit bei einem Versicherungsunternehmen von vergleichbarer Grösse und Geschäftsart nachgewiesen wird. Soll ausschliesslich die Eigenversicherung als Rückversicherung betrieben werden, kann die Aufsichtsbehörde Ausnahmen von diesen Anforderungen gestatten.

2) Die persönliche Integrität wird vermutet, wenn:

- a) die in Abs. 1 genannten Personen nicht wegen einer strafbaren Handlung gegen fremdes Vermögen im Sinne des Strafgesetzbuches im liechtensteinischen oder in einem ausländischen Strafregister eingetragen sind;
- b) über diese noch nie ein Konkurs eröffnet worden ist oder wenn aus einem mehr als zehn Jahre zurückliegenden Konkurs keine unbefriedigten Gläubigerrechte mehr bestehen;
- c) die vorgesehenen Personen als Geschäftsleute einen guten Ruf besitzen.

3) Zieht das Versicherungsunternehmen für seine Tätigkeit aussenstehende Berater bei, so haben diese die in Abs. 1 und 2 genannten Erfordernisse zu erfüllen.

Art. 8

Verantwortlicher Aktuar⁸

1) Der verantwortliche Aktuar ist für die versicherungsmathematischen Belange des Versicherungsunternehmens zuständig. Er muss fachlich qualifiziert und im Sinne von Art. 7 Abs. 2 persönlich integer sein. Fachliche Eignung setzt ausreichende Kenntnisse in der Versicherungsmathematik und Berufserfahrung voraus, wobei Berufserfahrung regelmässig anzunehmen ist, wenn eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Aktuar nachgewiesen wird.⁹

2) Der in Aussicht genommene verantwortliche Aktuar muss vor seiner Bestellung der Aufsichtsbehörde unter Angabe der Tatsachen, die für die Beurteilung der persönlichen Integrität und der fachlichen Eignung gemäss Abs. 1 wesentlich sind, benannt werden. Bestehen begründete Zweifel an der Erfüllung der Voraussetzungen für eine Bestellung, so kann die Aufsichtsbehörde verlangen, dass eine andere Person benannt wird. Kommt das Versicherungsunternehmen diesem Verlangen nicht nach oder ergeben sich begründete Zweifel an der Erfüllung der Bestellungs Voraussetzungen auch

für diese andere Person, so kann die Aufsichtsbehörde den verantwortlichen Aktuar selber bestellen.¹⁰

3) Werden nach der Bestellung Umstände bekannt, die einer Bestellung entgegengestanden hätten, oder erfüllt der verantwortliche Aktuar die ihm obliegenden Aufgaben nicht ordnungsgemäss, kann die Aufsichtsbehörde verlangen, dass ein anderer verantwortlicher Aktuar bestellt wird. Abs. 2 Satz 3 gilt sinngemäss.

4) Das Ausscheiden eines verantwortlichen Aktuars ist der Aufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

5) Die Bestellung eines verantwortlichen Aktuars kann durch Arbeitsvertrag oder im Rahmen einer Funktionsausgliederung erfolgen.¹¹

6) Die Geschäftsleitung eines Versicherungsunternehmens ist verpflichtet, dem verantwortlichen Aktuar alle erforderlichen Informationen zukommen zu lassen und der Aufsichtsbehörde die versicherungsmathematische Bestätigung gemäss Art. 36c Bst. b des Versicherungsaufsichtsgesetzes vorzulegen.¹²

Art. 9¹³

Aufgehoben

Art. 10¹⁴

Funktionsausgliederung

1) Eine Funktionsausgliederung ist nur zulässig, wenn:

- a) die Vorschriften betreffend Buchführung, Geheimhaltung und Datenschutz eingehalten werden;
- b) die Buchhaltung in Liechtenstein geführt wird; und
- c) die Revision sowie das Auskunftsrecht und die Prüfungsbefugnisse der Aufsichtsbehörde in keiner Weise erschwert oder eingeschränkt werden.

2) Soweit es für die Beurteilung der Geschäftstätigkeit eines Versicherungsunternehmens von Bedeutung ist, sind in Bezug auf Verträge oder sonstige Absprachen betreffend Funktionsausgliederung auch Drittpersonen auskunfts- und vorlagepflichtig.

Art. 11

Erteilung und Umfang der Bewilligung

- 1) Die Bewilligung wird für jeden Versicherungszweig gesondert oder für mehrere Versicherungszweige zusammen erteilt.
- 2) Die Bewilligung für einen Versicherungszweig bezieht sich jeweils auf den ganzen Zweig, es sei denn, dass ein Versicherungsunternehmen nach seinem Geschäftsplan nur einen Teil der Risiken dieses Versicherungszweiges zu decken beabsichtigt.
- 3) Die Bewilligung kann auch für mehrere Versicherungszweige gemeinsam unter Sammelbezeichnungen erteilt werden, die in Anhang 1 zum Versicherungsaufsichtsgesetz genannt sind.
- 4) Die für einen oder mehrere Versicherungszweige erteilte Bewilligung umfasst auch die Deckung zusätzlicher Risiken aus anderen Sparten, wenn die in Anhang 1 aufgestellten Bedingungen erfüllt sind.

III. Kapitalausstattung der Versicherungsunternehmen

A. Kapitalanforderungen in der Schadenversicherung

Art. 12

Solvabilitätsspanne

- 1) Versicherungsunternehmen haben sich über freie und unbelastete Eigenmittel mindestens im Umfang einer Solvabilitätsspanne auszuweisen. Eigenmittel sind zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne nur insoweit anrechenbar, als sie die in der Bilanz ausgewiesenen immateriellen Anlagewerte übersteigen.
- 2) Zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne sind folgende Eigenmittel anrechenbar:
 - a) das eingezahlte Kapital;
 - b) die Reserven mit Ausnahme der Reserve für eigene Aktien oder Anteile; ein allfälliger Verlustvortrag oder Bilanzverlust ist abzuziehen;
 - c) ein nach Abzug der auszuschüttenden Dividenden verbleibender Gewinnvortrag;
 - d) vorbehaltlich Art. 38 Abs. 3 die Schwankungsrückstellung.¹⁵

3) In Zweifelsfällen entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Anrechenbarkeit der Eigenmittel nach Abs. 2.¹⁶

3a) Von der verfügbaren Solvabilitätsspanne werden folgende Kapitalbestandteile abgezogen:¹⁷

- a) Beteiligungen des Versicherungsunternehmens an Versicherungsunternehmen oder Rückversicherungsunternehmen, an Versicherungsunternehmen oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates, an Versicherungs-Holdinggesellschaften oder an Banken, Finanzinstituten oder Wertpapierfirmen;¹⁸
- b) nachrangige Forderungen, kumulative Vorzugsaktien oder Wertpapiere mit unbestimmter Laufzeit gegenüber in Bst. a genannten Unternehmen.¹⁹

3b) Werden vorübergehend Anteile einer anderen Bank, einer anderen Wertpapierfirma, eines anderen Finanzinstituts, eines anderen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens oder einer anderen Versicherungs-Holdinggesellschaft gehalten, um das betreffende Unternehmen zwecks Sanierung finanziell zu stützen, so kann die Aufsichtsbehörde von einer Anwendung des Abs. 3a absehen.²⁰

4) Kapital, das aufgrund nachrangiger Verbindlichkeiten eingezahlt worden ist, darf im Ausmass von höchstens 25 % der Solvabilitätsspanne und höchstens 25 % der insgesamt anrechenbaren Eigenmittel angerechnet werden, wenn:

- a) es im Fall des Konkurses oder der Liquidation des Versicherungsunternehmens erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen ist;
- b) es dem Versicherungsunternehmen für mindestens fünf Jahre, deren letztes noch nicht begonnen hat, oder mit einer fünfjährigen Kündigungsfrist zur Verfügung gestellt worden ist;
- c) es vor dem vereinbarten Rückzahlungstermin nur bei einer Auflösung des Versicherungsunternehmens fällig werden kann; und
- d) der zugrundeliegende Vertrag nicht ohne Einwilligung der Aufsichtsbehörde geändert werden kann.²¹

5) Im Weiteren können auf Antrag des Versicherungsunternehmens mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde als Eigenmittel angerechnet werden, sofern entsprechende Nachweise vorgelegt werden:

- a) die stillen Nettoreserven, die sich aus der Bewertung der Aktiven ergeben, soweit diese Reserven nicht Ausnahmecharakter haben;

- b) die Hälfte des nicht eingezahlten Teils des gezeichneten Kapitals, sobald der eingezahlte Teil 25 % des gezeichneten Kapitals erreicht, im Ausmass von höchstens 50 % der Solvabilitätsspanne und höchstens 50 % der insgesamt anrechenbaren Eigenmittel;
- c) bei Genossenschaften die Hälfte der Differenz zwischen den höchstmöglichen Nachschüssen, zu denen die Genossenschafter für das jeweilige Geschäftsjahr verpflichtet werden können, und den tatsächlich geforderten Nachschüssen im Ausmass von höchstens 50 % der Solvabilitätsspanne und höchstens 50 % der insgesamt anrechenbaren Eigenmittel.²²
- 6) Zur Bedeckung des Garantiefonds anrechenbar sind die Eigenmittel nach den Abs. 2 und 4, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde auch solche nach Abs. 5 Bst. a.²³

Art. 13

Berechnung der Solvabilitätsspanne

1) Die Solvabilitätsspanne berechnet sich entweder nach den jährlichen Prämieinnahmen (Beitragsindex) oder nach der mittleren Schadenbelastung für die letzten drei Geschäftsjahre (Schadenindex). Massgebend ist das höhere der beiden Rechnungsergebnisse.

2) Bei einem Versicherungsunternehmen, das im wesentlichen nur Kredit-, Sturm-, Hagel- oder Frostrisiken deckt, berechnet sich die mittlere Schadenbelastung nach den letzten sieben Geschäftsjahren.

3) Ist die berechnete Solvabilitätsspanne niedriger als jene des Vorjahres, so muss die Solvabilitätsspanne mindestens so hoch sein wie das Ergebnis der Multiplikation der Solvabilitätsspanne des Vorjahres mit dem Quotienten aus dem Bruttobetrag der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle am Ende des letzten Geschäftsjahres und dem Bruttobetrag dieser Rückstellung am Beginn des letzten Geschäftsjahres; dieser Quotient darf höchstens 1.0 betragen.²⁴

Art. 14

Beitragsindex²⁵

1) Für die Berechnung des Beitragsindexes ist von den gebuchten Bruttoprämien des letzten Geschäftsjahres auszugehen. Sind die verdienten Bruttoprämien höher, bilden diese den Ausgangsbetrag. Bei der Bestimmung des Ausgangsbetrages sind die Prämien für Risiken, die zu einem der Versicherungszweige 11 bis 13 gehören, um 50 % zu erhöhen.²⁶

2) Von den ersten 61.3 Millionen Euro dieses Ausgangsbetrages werden 18 % und von dem darüber hinausgehenden Betrag 16 % gerechnet und addiert.²⁷

3) Der Beitragsindex resultiert aus der Multiplikation der so errechneten Summe mit dem Quotienten, der sich für das betreffende Versicherungsunternehmen für die letzten drei Geschäftsjahre aus dem Verhältnis der Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung zum Bruttobetrag der Aufwendungen für Versicherungsfälle ergibt; dieser Quotient muss mindestens 0.5 betragen. Auf begründeten Antrag des Versicherungsunternehmens und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde dürfen von Zweckgesellschaften einforderbare Beträge als Rückversicherung abgezogen werden.²⁸

Art. 15

*Schadenindex*²⁹

1) Für die Berechnung des Schadenindex ist von den Bruttobeträgen der Aufwendungen für Versicherungsfälle während der in Art. 13 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 genannten Zeiträume auszugehen. Bei der Bestimmung des Ausgangsbetrages sind die Bruttobeträge der Aufwendungen für Versicherungsfälle für Risiken, die zu einem der Versicherungszweige 11 bis 13 gehören, um 50 % zu erhöhen.³⁰

2) Von den ersten 42.9 Millionen Euro des sich ergebenden Jahresdurchschnittes werden 26 % und von dem darüber hinausgehenden Betrag 23 % gerechnet und addiert.³¹

3) Der Schadenindex resultiert aus der Multiplikation der so errechneten Summe mit dem Quotienten, der sich für das betreffende Versicherungsunternehmen für die letzten drei Geschäftsjahre aus dem Verhältnis der Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung zum Bruttobetrag der Aufwendungen für Versicherungsfälle ergibt; dieser Quotient muss mindestens 0.5 betragen. Auf begründeten Antrag des Versicherungsunternehmens und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde dürfen von Zweckgesellschaften einforderbare Beträge als Rückversicherung abgezogen werden.³²

Art. 16

Krankenversicherung

Die Prozentsätze gemäss Art. 14 Abs. 2 und Art. 15 Abs. 2 werden für Krankenversicherungen, die nach Art der Lebensversicherung betrieben werden, auf ein Drittel gekürzt, wenn

- a) auf der Grundlage von Wahrscheinlichkeitstafeln nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnete Prämien erhoben werden,
- b) eine Altersrückstellung gebildet wird,
- c) ein angemessener Sicherheitszuschlag erhoben wird,
- d) das Versicherungsunternehmen spätestens nach Ablauf des dritten Versicherungsjahres den Vertrag nicht mehr kündigen kann, und
- e) vertraglich die Möglichkeit vorgesehen ist, auch für bestehende Verträge die Prämien zu erhöhen oder die Leistungen herabzusetzen.

Art. 17

Garantiefonds

1) Ein Drittel der Solvabilitätsspanne bildet den Garantiefonds.

2) Der Mindestgarantiefonds muss 2.5 Millionen Euro betragen. Versichert das Versicherungsunternehmen die Risiken oder einen Teil der Risiken, die zu einem der Versicherungszweige 10 bis 15 gehören, so muss der Mindestgarantiefonds 3.7 Millionen Euro betragen.³³

3) Die in Abs. 2 genannten Beträge sind periodisch dem von Eurostat ermittelten Europäischen Verbraucherpreisindex anzupassen. Die Aufsichtsbehörde veröffentlicht jeweils die gültigen Beträge.³⁴

4) Betreibt ein Versicherungsunternehmen auch die Rückversicherung, so hat es für seine gesamten Tätigkeiten einen Mindestgarantiefonds gemäss Art. 28m zu bilden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a) die eingenommenen Rückversicherungsprämien übersteigen 10 % der Gesamtprämieinnahmen des Unternehmens;
- b) die eingenommenen Rückversicherungsprämien übersteigen 50 Millionen Euro;
- c) die sich aus dem aktiven Rückversicherungsgeschäft des Unternehmens ergebenden versicherungstechnischen Rückstellungen übersteigen 10 % seiner gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen.³⁵

5) Aufgehoben³⁶

Art. 18

Organisationsfonds

1) Der Organisationsfonds beträgt bei der Geschäftsaufnahme eines Versicherungsunternehmens in der Regel zwischen 20 % und 50 % des Mindestkapitals gemäss Art. 14 des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

2) Er ist durch kurzfristig verwertbare Aktiven zu bestellen.

3) Der Organisationsfonds darf frühestens drei Jahre nach seiner Bestellung oder Wiederbestellung und nur mit schriftlicher Zustimmung der Aufsichtsbehörde für andere als die im Gesetz genannten Zwecke verwendet werden.

4) Die Aufsichtsbehörde kann, wenn sich in der Jahresrechnung ein Verlust abzeichnet, die Erhöhung des Organisationsfonds oder seine Wiederbestellung verlangen.

Art. 18a³⁷*Schadenrückversicherung*

1) Betreibt ein Versicherungsunternehmen das aktive Schadenrückversicherungsgeschäft, so hat es hierfür, soweit die Voraussetzungen nach Art. 17 Abs. 4 erfüllt sind, Art. 47a bis 47d zu beachten.

2) Sind die Voraussetzungen nach Art. 17 Abs. 4 erfüllt, so sind die Vermögenswerte, die ein Versicherungsunternehmen zur Bedeckung seiner versicherungstechnischen Rückstellungen für das aktive Rückversicherungsgeschäft verwendet, in einem separaten Abrechnungsverband zu führen und ohne Möglichkeit einer Übertragung getrennt vom Direktversicherungsgeschäft des Unternehmens zu verwahren und zu verwalten. In einem solchen Fall finden die Art. 29 ff. keine Anwendung, soweit das aktive Rückversicherungsgeschäft betroffen ist.

3) Die Aufsichtsbehörde überprüft die in Abs. 2 vorgeschriebene Trennung.

B. Kapitalanforderungen in der Lebensversicherung

Art. 19

Solvabilitätsspanne

1) Versicherungsunternehmen haben sich über freie und unbelastete Eigenmittel mindestens im Umfang einer Solvabilitätsspanne auszuweisen. Eigenmittel sind zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne nur insoweit anrechenbar, als sie die in der Bilanz ausgewiesenen immateriellen Anlagewerte übersteigen.

2) Zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne sind folgende Eigenmittel anrechenbar:

- a) das eingezahlte Kapital;
- b) die Reserven mit Ausnahme der Reserve für eigene Aktien oder Anteile; ein allfälliger Verlustvortrag oder Bilanzverlust ist abzuziehen;
- c) ein nach Abzug der auszuschüttenden Dividenden verbleibender Gewinnvortrag;
- d) Rückstellungen für die künftige Überschussbeteiligung, soweit sie den Versicherungsnehmern noch nicht zugeteilt worden sind;
- e) ein allfälliger Fonds für spätere Zuweisungen.³⁸

3) In Zweifelsfällen entscheidet die Aufsichtsbehörde über die Anrechenbarkeit der Eigenmittel nach Abs. 2.³⁹

3a) Von der verfügbaren Solvabilitätsspanne werden folgende Kapitalbestandteile abgezogen:⁴⁰

- a) Beteiligungen des Versicherungsunternehmens an Versicherungsunternehmen oder Rückversicherungsunternehmen, an Versicherungsunternehmen oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates, an Versicherungs-Holdinggesellschaften oder an Banken, Finanzinstituten oder Wertpapierfirmen;⁴¹
- b) nachrangige Forderungen, kumulative Vorzugsaktien oder Wertpapiere mit unbestimmter Laufzeit gegenüber in Bst. a genannten Unternehmen.⁴²

3b) Werden vorübergehend Anteile einer anderen Bank, einer anderen Wertpapierfirma, eines anderen Finanzinstituts, eines anderen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens oder einer anderen Versicherungs-Holdinggesellschaft gehalten, um das betreffende Unter-

nehmen zwecks Sanierung finanziell zu stützen, so kann die Aufsichtsbehörde von einer Anwendung des Abs. 3a absehen.⁴³

4) Kapital, das aufgrund nachrangiger Verbindlichkeiten eingezahlt worden ist, darf im Ausmass von höchstens 25 % der Solvabilitätsspanne und höchstens 25 % der insgesamt anrechenbaren Eigenmittel angerechnet werden, wenn:

- a) es im Fall des Konkurses oder der Liquidation des Versicherungsunternehmens erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen ist;
- b) es dem Versicherungsunternehmen für mindestens fünf Jahre, deren letztes noch nicht begonnen hat, oder mit einer fünfjährigen Kündigungsfrist zur Verfügung gestellt worden ist;
- c) es vor dem vereinbarten Rückzahlungstermin nur bei einer Auflösung des Versicherungsunternehmens fällig werden kann; und
- d) der zugrundeliegende Vertrag nicht ohne Einwilligung der Aufsichtsbehörde geändert werden kann.⁴⁴

5) Im Weiteren können auf Antrag des Versicherungsunternehmens mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde als Eigenmittel angerechnet werden, sofern entsprechende Nachweise vorgelegt werden:⁴⁵

- a) die stillen Nettoreserven, die sich aus der Bewertung der Aktiven ergeben, soweit diese Reserven nicht Ausnahmecharakter haben;⁴⁶
- b) die Hälfte des nicht eingezahlten Teils des gezeichneten Kapitals, sobald der eingezahlte Teil 25 % des gezeichneten Kapitals erreicht, im Ausmass von höchstens 50 % der Solvabilitätsspanne und höchstens 50 % der insgesamt anrechenbaren Eigenmittel;⁴⁷
- c) wenn die Deckungsrückstellung nicht oder geringer als mit dem in die Prämien eingerechneten Abschlusskostensatz gezillmert worden ist, die Differenz zwischen der Deckungsrückstellung und der mit dem in die Prämien eingerechneten Abschlusskostensatz gezillmerten Deckungsrückstellung; dieser Differenzbetrag darf jedoch für alle Verträge, bei denen eine Zillmerung möglich ist, 3.5 % des Unterschiedes zwischen Versicherungssumme und Deckungsrückstellung nicht überschreiten;⁴⁸
- d) Aufgehoben.⁴⁹

6) Zur Bedeckung des Garantiefonds anrechenbar sind die Eigenmittel nach den Abs. 2 und 4, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde auch solche nach Abs. 5 Bst. a.⁵⁰

Art. 20

Berechnung der Solvabilitätsspanne für die Versicherungszweige 1 (ohne Zusatzversicherungen) und 2

1) Die Solvabilitätsspanne entspricht der Summe aus dem ersten Ergebnis (Abs. 2) und dem zweiten Ergebnis (Abs. 3).

2) Das erste Ergebnis berechnet sich aus 4 % des Bruttobetrages der mathematischen Rückstellungen, multipliziert mit dem Quotienten aus den mathematischen Rückstellungen abzüglich des Anteils der Rückversicherer und dem Bruttobetrag der mathematischen Rückstellungen für das letzte Geschäftsjahr; dieser Quotient muss mindestens 0.85 betragen.

3) Das zweite Ergebnis berechnet sich wie folgt:

- a) Das jeweilige Risikokapital abzüglich des Anteils der Rückversicherer wird für das letzte Geschäftsjahr durch den Bruttobetrag des jeweiligen Risikokapitals dividiert. Der so ermittelte Quotient ergibt den Rückversicherungsfaktor. Dieser muss mindestens 0.5 betragen. Als Risikokapital gilt das gesamte im Todesfall zahlbare Kapital abzüglich der mathematischen Rückstellungen des Hauptrisikos. Verträge mit negativem Risikokapital werden, auch bei den folgenden Berechnungen, nicht berücksichtigt.
- b) Das Risikokapital von Todesfallversicherungen mit Gesamtlaufzeit bis zu drei Jahren wird nacheinander mit dem Satz von 0.1 % und mit dem Rückversicherungsfaktor nach Bst. a multipliziert.
- c) Das Risikokapital von Todesfallversicherungen mit Gesamtlaufzeit von über drei bis zu fünf Jahren wird nacheinander mit dem Satz von 0.15 % und mit dem Rückversicherungsfaktor nach Bst. a multipliziert.
- d) Bei den übrigen Versicherungen wird das Risikokapital nacheinander mit dem Satz von 0.3 % und mit dem Rückversicherungsfaktor nach Bst. a multipliziert.
- e) Die Summe der nach den Bst. b, c und d berechneten Beträge ergibt das zweite Ergebnis.

Art. 21

Berechnung der Solvabilitätsspanne für den Versicherungszweig 3 (ohne Zusatzversicherungen)

1) Die Solvabilitätsspanne entspricht der Summe aus dem ersten Ergebnis (Abs. 2) und dem zweiten Ergebnis (Abs. 3).

2) Das erste Ergebnis berechnet sich wie folgt:⁵¹

- a) 4 % des Bruttobetrag der mathematischen Rückstellungen für Versicherungen, bei denen das Versicherungsunternehmen ein Anlagerisiko trägt, werden multipliziert mit dem Quotienten aus den mathematischen Rückstellungen abzüglich des Anteils der Rückversicherer und dem Bruttobetrag der mathematischen Rückstellungen für diese Versicherungen für das letzte Geschäftsjahr; dieser Quotient muss mindestens 0.85 betragen. Auf begründeten Antrag des Versicherungsunternehmens und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde dürfen von Zweckgesellschaften einforderbare Beträge als Rückversicherung abgezogen werden.⁵²
- b) 1 % des Bruttobetrag der mathematischen Rückstellungen für Versicherungen, bei denen das Versicherungsunternehmen kein Anlagerisiko trägt und bei denen die Zuweisungen zur Deckung der Verwaltungskosten für über fünf Jahre vertraglich festgelegt sind, wird multipliziert mit dem Quotienten aus den mathematischen Rückstellungen abzüglich des Anteils der Rückversicherer und dem Bruttobetrag der mathematischen Rückstellungen für diese Versicherungen für das letzte Geschäftsjahr; dieser Quotient muss mindestens 0.85 betragen.⁵³
- c) Für Versicherungen, bei denen das Versicherungsunternehmen kein Anlagerisiko trägt und bei denen die Zuweisungen zur Deckung der Verwaltungskosten nicht für über fünf Jahre vertraglich festgelegt sind, werden die ihnen zurechenbaren Nettoverwaltungsaufwendungen im letzten Geschäftsjahr ermittelt; von diesem Betrag werden 25 % gerechnet.⁵⁴
- d) Die Summe der nach den Bst. a bis c berechneten Beträge ergibt das erste Ergebnis.⁵⁵

3) Das zweite Ergebnis berechnet sich aus 0.3 % des Risikokapitals, soweit das Versicherungsunternehmen ein Sterblichkeitsrisiko übernimmt, multipliziert mit dem Quotienten aus dem Risikokapital abzüglich des Anteils der Rückversicherer und dem Bruttobetrag des Risikokapitals für das letzte Geschäftsjahr; dieser Quotient muss mindestens 0.5 betragen. Art. 20 Abs. 3 Bst. a Satz 4 gilt sinngemäss. Auf begründeten Antrag des Versicherungsunternehmens und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde dürfen von Zweckgesellschaften einforderbare Beträge als Rückversicherung abgezogen werden.⁵⁶

Art. 22⁵⁷*Berechnung der Solvabilitätsspanne für Zusatzversicherungen*

Die Solvabilitätsspanne für die Zusatzversicherungen der Versicherungszweige 1 und 3 berechnet sich nach Art. 13 bis 15.

Art. 23

Berechnung der Solvabilitätsspanne für den Versicherungszweig 4

Die Solvabilitätsspanne für die Krankenversicherung berechnet sich nach Art. 16.

Art. 24

Berechnung der Solvabilitätsspanne für den Versicherungszweig 5

Bei den Tontinengeschäften entspricht die Solvabilitätsspanne 1 % des Vermögens der Gemeinschaften.

Art. 25

Berechnung der Solvabilitätsspanne für den Versicherungszweig 6

Bei den Kapitalisationsgeschäften entspricht die Solvabilitätsspanne 4 % des Bruttobetrages der mathematischen Rückstellungen für diese Geschäfte, multipliziert mit dem Quotienten aus den mathematischen Rückstellungen abzüglich des Anteils der Rückversicherer und dem Bruttobetrag der mathematischen Rückstellungen für diese Geschäfte für das letzte Geschäftsjahr; dieser Quotient muss mindestens 0.85 betragen.

Art. 26

Berechnung der Solvabilitätsspanne für den gesamten Geschäftsbetrieb

Die Solvabilitätsspanne für den gesamten Geschäftsbetrieb eines Versicherungsunternehmens ergibt sich durch Addition der Solvabilitätsspannen für die einzelnen Versicherungszweige und für die Zusatzversicherungen.

Art. 26a⁵⁸*Lebensrückversicherung*

1) Betreibt ein Versicherungsunternehmen das aktive Lebensrückversicherungsgeschäft, so hat es hierfür die Art. 28a bis 28l sowie 47a bis 47d zu beachten, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a) die eingenommenen Rückversicherungsprämien übersteigen 10 % der Gesamteinnahmen des Unternehmens;
- b) die eingenommenen Rückversicherungsprämien übersteigen 50 Millionen Euro;
- c) die sich aus dem aktiven Rückversicherungsgeschäft des Unternehmens ergebenden versicherungstechnischen Rückstellungen übersteigen 10 % seiner gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen.

2) Sind die Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllt, so sind die Vermögenswerte, die ein Versicherungsunternehmen zur Bedeckung seiner versicherungstechnischen Rückstellungen für das aktive Rückversicherungsgeschäft verwendet, in einem separaten Abrechnungsverband zu führen und ohne Möglichkeit einer Übertragung getrennt vom Direktversicherungsgeschäft des Unternehmens zu verwahren und zu verwalten. In einem solchen Fall finden die Art. 39 ff. keine Anwendung, soweit das aktive Rückversicherungsgeschäft betroffen ist.

3) Die Aufsichtsbehörde überprüft die in Abs. 2 vorgeschriebene Trennung.

Art. 27

Garantiefonds

1) Ein Drittel der Solvabilitätsspanne bildet den Garantiefonds.

2) Der Mindestgarantiefonds muss 3,7 Millionen Euro betragen.⁵⁹

3) Der in Abs. 2 genannte Betrag ist periodisch dem von Eurostat ermittelten Europäischen Verbraucherpreisindex anzupassen. Die Aufsichtsbehörde veröffentlicht jeweils den gültigen Betrag.⁶⁰

Art. 28

Organisationsfonds

1) Der Organisationsfonds beträgt bei der Geschäftsaufnahme eines Versicherungsunternehmens in der Regel zwischen 20 % und 50 % des Mindestkapitals gemäss Art. 14 des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

2) Er ist durch kurzfristig verwertbare Aktiven zu bestellen.

3) Der Organisationsfonds darf frühestens drei Jahre nach seiner Bestellung oder Wiederbestellung und nur mit schriftlicher Zustimmung der Aufsichtsbehörde für andere als die im Gesetz genannten Zwecke verwendet werden.

4) Die Aufsichtsbehörde kann, wenn sich in der Jahresrechnung ein Verlust abzeichnet, die Erhöhung des Organisationsfonds oder seine Wiederbestellung verlangen.

C. Kapitalanforderungen in der Rückversicherung⁶¹Art. 28a⁶²*Solvabilitätsspanne*

1) Rückversicherungsunternehmen haben sich über freie und unbelastete Eigenmittel mindestens im Umfang einer Solvabilitätsspanne auszuweisen (verfügbare Solvabilitätsspanne). Eigenmittel sind zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne nur insoweit anrechenbar, als sie die in der Bilanz ausgewiesenen immateriellen Anlagewerte übersteigen.

2) Zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne sind folgende Eigenmittel anrechenbar:

- a) das eingezahlte Kapital;
- b) die gesetzlichen und freien Reserven, sofern sie nicht als Schwankungsrückstellung eingestuft werden;
- c) der Gewinn- oder Verlustvortrag nach Abzug der auszuschüttenden Dividenden.

3) Die verfügbare Solvabilitätsspanne wird um den Betrag der im unmittelbaren Besitz des Rückversicherungsunternehmens befindlichen eigenen Aktien reduziert.

4) Bei Rückversicherungsunternehmen, die ihre versicherungstechnischen Rückstellungen in der Nichtlebensrückversicherung für noch nicht

abgewickelte Versicherungsfälle abzinsen oder reduzieren, wird die verfügbare Solvabilitätsspanne um die Differenz zwischen den nicht abgezinsten oder reduzierten versicherungstechnischen Rückstellungen, wie sie im Anhang zur Jahresrechnung ausgewiesen sind, und den abgezinsten oder reduzierten versicherungstechnischen Rückstellungen ermässigt. Diese Anpassung ist für alle im Anhang 1 zum Versicherungsaufsichtsgesetz genannten Risiken, mit Ausnahme der Risiken Unfall und Krankheit (Versicherungszweige 1 und 2), vorzunehmen. Eine Anpassung braucht nicht für die Abzinsung der in den technischen Rückstellungen enthaltenen Renten vorgenommen zu werden.

Art. 28b⁶³

Abzug von Kapitalbestandteilen

Von der nach Art. 28a verfügbaren Solvabilitätsspanne werden zusätzlich folgende Kapitalbestandteile abgezogen:

- a) Beteiligungen des Rückversicherungsunternehmens an Versicherungsunternehmen, an Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates, an Versicherungs-Holdinggesellschaften oder an Banken, Finanzinstituten oder Wertpapierfirmen;
- b) nachrangige Forderungen des Rückversicherungsunternehmens gegenüber in Bst. a genannten Unternehmen.

Art. 28c⁶⁴

Weitere für die verfügbare Solvabilitätsspanne zu berücksichtigende Vermögenswerte

1) Die verfügbare Solvabilitätsspanne darf auch kumulative Vorzugsaktien und nachrangige Darlehen bis zu einer Höchstgrenze von 50 % des jeweils niedrigeren Betrages der verfügbaren und geforderten Solvabilitätsspanne umfassen. Davon dürfen höchstens 25 % auf nachrangige Darlehen mit fester Laufzeit oder auf kumulative Vorzugsaktien von begrenzter Laufzeit entfallen, soweit im Fall des Konkurses oder der Liquidation des Rückversicherungsunternehmens bindende Vereinbarungen vorliegen, wonach die nachrangigen Darlehen oder Vorzugsaktien hinter den Forderungen aller übrigen Gläubiger zurückstehen und erst nach der Begleichung aller anderen zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten zurückgezahlt werden.

2) Die nachrangigen Darlehen müssen ausserdem die folgenden Bedingungen erfüllen:

- a) Es dürfen nur die tatsächlich eingezahlten Mittel berücksichtigt werden.
- b) Bei Darlehen mit fester Laufzeit muss die Ursprungslaufzeit mindestens fünf Jahre betragen. Spätestens ein Jahr vor Ende der Laufzeit hat das Rückversicherungsunternehmen der Aufsichtsbehörde einen Plan zur Genehmigung vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die verfügbare Solvabilitätsspanne erhalten oder auf das bei Ende der Laufzeit geforderte Niveau gebracht wird, es sei denn, der Umfang, bis zu dem das Darlehen in die verfügbare Solvabilitätsspanne einbezogen werden kann, ist innerhalb der zumindest fünf letzten Jahre vor Ende der Laufzeit allmählich verringert worden. Die Aufsichtsbehörde kann die vorzeitige Rückzahlung dieser Darlehen genehmigen, sofern der Antrag hierzu vom emittierenden Rückversicherungsunternehmen gestellt wird und dessen verfügbare Solvabilitätsspanne nicht unter das geforderte Niveau sinkt.
- c) Bei Darlehen ohne feste Laufzeit ist eine Kündigungsfrist von fünf Jahren vorzusehen, es sei denn, sie werden nicht länger als Bestandteile der verfügbaren Solvabilitätsspanne angesehen oder für ihre vorzeitige Rückzahlung ist ausdrücklich die vorherige Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorgeschrieben. Im letzteren Fall unterrichtet das Rückversicherungsunternehmen die Aufsichtsbehörde mindestens sechs Monate vor dem vorgeschlagenen Rückzahlungszeitpunkt, wobei es die verfügbare und die geforderte Solvabilitätsspanne vor und nach der Rückzahlung angibt. Die Aufsichtsbehörde genehmigt die Rückzahlung nur, wenn die verfügbare Solvabilitätsspanne des Rückversicherungsunternehmens nicht unter das geforderte Niveau abzusinken droht.
- d) Die Darlehensvereinbarung darf keine Klausel enthalten, wonach die Schuld unter anderen Umständen als einer Liquidation des Rückversicherungsunternehmens vor dem vereinbarten Zeitpunkt rückzahlbar wird.
- e) Die zugrunde liegende Darlehensvereinbarung darf nicht ohne Einwilligung der Aufsichtsbehörde geändert werden.

3) Die verfügbare Solvabilitätsspanne darf auch Wertpapiere mit unbestimmter Laufzeit und sonstige Instrumente umfassen, einschliesslich anderer als der unter Abs. 1 genannten kumulativen Vorzugsaktien, bis zu einer Höchstgrenze von 50 % des jeweils niedrigeren Betrages der verfügbaren und der geforderten Solvabilitätsspanne für den Gesamtbetrag dieser

Wertpapiere und der unter Abs. 1 und 2 genannten nachrangigen Darlehen, sofern sie folgende Kriterien erfüllen:

- a) Sie dürfen nicht auf Initiative des Inhabers beziehungsweise ohne vorherige Einwilligung der Aufsichtsbehörde zurückgezahlt werden.
- b) Der Emissionsvertrag muss dem Rückversicherungsunternehmen die Möglichkeit einräumen, die Zahlung der Darlehenszinsen zu verschieben.
- c) Die Forderungen des Darlehensgebers an das Rückversicherungsunternehmen müssen den Forderungen aller bevorrechtigten Gläubiger in vollem Umfang nachgeordnet sein.
- d) In den Dokumenten, in denen die Ausgabe der Wertpapiere... geregelt wird, muss vorgesehen werden, dass Verluste durch Schulden und nicht gezahlte Zinsen ausgeglichen werden können, dem Rückversicherungsunternehmen jedoch gleichzeitig die Fortsetzung seiner Tätigkeit ermöglicht wird.
- e) Es werden nur die tatsächlich gezahlten Beträge berücksichtigt.

Art. 28d⁶⁵

Auf Antrag zu berücksichtigende Vermögenswerte

Im Weiteren können auf Antrag des Rückversicherungsunternehmens mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde als Eigenmittel für die verfügbare Solvabilitätsspanne angerechnet werden, sofern entsprechende Nachweise vorgelegt werden:

- a) die stillen Nettoreserven, die sich aus der Bewertung der Aktiven ergeben, soweit diese Reserven nicht Ausnahmecharakter haben;
- b) die Hälfte des nicht eingezahlten Teils des gezeichneten Kapitals, sobald der eingezahlte Teil 25 % des gezeichneten Kapitals erreicht, im Ausmass von höchstens 50 % des jeweils niedrigeren Betrages der verfügbaren und der geforderten Solvabilitätsspanne;
- c) bei Genossenschaften und Europäischen Genossenschaften die Hälfte der Differenz zwischen den höchstmöglichen Nachschüssen, zu denen die Genossenschafter für das jeweilige Geschäftsjahr verpflichtet werden können, und den tatsächlich geforderten Nachschüssen im Ausmass von höchstens 50 % des jeweils niedrigeren Betrages der verfügbaren und der geforderten Solvabilitätsspanne.

Art. 28e⁶⁶*Zusätzlich zu berücksichtigende Vermögenswerte in der Lebensrückversicherung*

1) In Bezug auf Rückversicherungstätigkeiten in der Lebensversicherung kann - sofern ein entsprechender Nachweis vorgelegt wird - auf Antrag des Rückversicherungsunternehmens mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde überdies als Eigenmittel für die verfügbare Solvabilitätsspanne die Differenz zwischen der Deckungsrückstellung und der mit dem in die Prämien eingerechneten Abschlusskostensatz gezillmerten Deckungsrückstellung angerechnet werden, sofern die Deckungsrückstellung nicht oder geringer als mit dem in die Prämien eingerechneten Abschlusskostensatz gezillmert worden ist.

2) Der Differenzbetrag nach Abs. 1 darf jedoch für alle Verträge im Rahmen der Lebensrückversicherung, bei denen eine Zillmerung möglich ist, 3,5 % des Unterschiedes zwischen Versicherungssumme und Deckungsrückstellung nicht überschreiten; der Differenzbetrag wird gegebenenfalls um die nicht amortisierten Abschlusskosten gekürzt, die auf der Aktivseite erscheinen.

Art. 28f⁶⁷*Geforderte Solvabilitätsspanne für die Nichtlebensrückversicherung*

1) Die geforderte Solvabilitätsspanne berechnet sich entweder nach den jährlichen Prämieinnahmen (Beitragsindex) oder nach der mittleren Schadenbelastung (Schadenindex) für die letzten drei Geschäftsjahre. Massgebend ist vorbehaltlich Art. 28m das höhere der beiden Rechnungsergebnisse.

2) Bei einem Rückversicherungsunternehmen, das im Wesentlichen nur Kredit-, Sturm-, Hagel- oder Frostrisiken deckt, berechnet sich die mittlere Schadenbelastung nach den letzten sieben Geschäftsjahren.

3) Ist die berechnete Solvabilitätsspanne niedriger als die geforderte Solvabilitätsspanne des Vorjahres, so muss die Solvabilitätsspanne mindestens so hoch sein wie das Ergebnis der Multiplikation der geforderten Solvabilitätsspanne des Vorjahres mit dem Quotienten aus dem jeweiligen Betrag der versicherungstechnischen Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle am Ende und zu Beginn des letzten Geschäftsjahres; dieser Quotient darf höchstens 1.0 betragen. Bei der Berechnung der ver-

sicherungstechnischen Rückstellungen wird die Retrozession nicht berücksichtigt.

Art. 28g⁶⁸

Beitragsindex

1) Für die Berechnung des Beitragsindexes ist von den gebuchten Bruttoprämien des letzten Geschäftsjahres auszugehen. Sind die verdienten Bruttoprämien höher, bilden diese den Ausgangsbetrag.

2) Bei der Bestimmung des Ausgangsbetrages sind die Prämien für Risiken, die zu einem der Versicherungszweige 11 bis 13 gehören, um 50 % zu erhöhen. Für andere Versicherungszweige kann die Aufsichtsbehörde eine Erhöhung um bis zu 50 % anordnen, um den spezifischen Merkmalen dieser Tätigkeiten oder Verträge Rechnung zu tragen.

3) Vom nach Abs. 1 und 2 errechneten Ergebnis werden der Gesamtbetrag der im letzten Geschäftsjahr stornierten Prämien sowie der Gesamtbetrag der Steuern und Gebühren abgezogen, die auf die zusammengerechneten Prämieinnahmen entfallen.

4) Von den ersten 50 Millionen Euro des Ausgangsbetrages werden 18 % und von dem darüber hinausgehenden Betrag 16 % gerechnet und addiert.

5) Der Beitragsindex resultiert aus der Multiplikation der so errechneten Summe mit dem Quotienten, der sich für das betreffende Rückversicherungsunternehmen für die letzten drei Geschäftsjahre aus dem Verhältnis der Aufwendungen aus Versicherungsfällen für eigene Rechnung zum Bruttobetrag der Aufwendungen für Versicherungsfälle ergibt; dieser Quotient muss mindestens 0.5 betragen. Bei der Multiplikation werden die im Rahmen der Retrozession einforderbaren Beträge abgezogen. Auf begründeten Antrag des Versicherungsunternehmens und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde dürfen von Zweckgesellschaften einforderbare Beträge als Rückversicherung abgezogen werden.

6) Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde kann die Zuweisung der Prämien anhand statistischer Verfahren erfolgen.

Art. 28h⁶⁹

Schadenindex

1) Für die Berechnung des Schadenindexes ist von den Bruttobeträgen der Aufwendungen für Versicherungsfälle, den Rückstellungen und den aus

Rückgriffen erzielten Einnahmen auszugehen; der zu beachtende Zeitraum ergibt sich aus Art. 28f Abs. 1 und 2.

2) Bei der Bestimmung des Ausgangsbetrages sind die nach Abs. 1 errechneten Beträge für Risiken, die zu einem der Versicherungszweige 11 bis 13 gehören, um 50 % zu erhöhen. Für andere Versicherungszweige kann die Aufsichtsbehörde eine Erhöhung um bis zu 50 % anordnen, um den spezifischen Merkmalen dieser Tätigkeiten oder Verträge Rechnung zu tragen.

3) Von den Bruttobeträgen der Aufwendungen für Versicherungsfälle dürfen die von Retrozessionaren getragenen Schäden nicht in Abzug gebracht werden.

4) Zu den Bruttobeträgen der Aufwendungen für Versicherungsfälle wird der Betrag der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle addiert, der am Ende des letzten Geschäftsjahres gebildet wurde. Von diesem Ergebnis abgezogen wird der Betrag der im Laufe des zu beachtenden Zeitraums aus Rückgriffen erzielten Einnahmen.

5) Von der verbleibenden Summe wird der Betrag der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abgezogen, der zu Beginn des zweiten Geschäftsjahres, das dem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr vorangeht, gebildet worden ist. Wenn der zu beachtende Zeitraum sieben Jahre beträgt, wird der Betrag der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abgezogen, der zu Beginn des sechsten Geschäftsjahres, das dem letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr vorangeht, gebildet worden ist.

6) Von den ersten 35 Millionen Euro eines Drittels beziehungsweise eines Siebtels, je nach zu beachtendem Zeitraum, des nach Abs. 5 verbleibenden Betrages werden 26 % und von dem darüber hinausgehenden Betrag 23 % gerechnet und addiert.

7) Der Schadenindex resultiert aus der Multiplikation der so errechneten Summe mit dem Quotienten, der sich für das betreffende Rückversicherungsunternehmen für die letzten drei Geschäftsjahre aus dem Verhältnis der Aufwendungen aus Versicherungsfällen für eigene Rechnung zum Bruttobetrag der Aufwendungen für Versicherungsfälle ergibt; dieser Quotient muss mindestens 0.5 betragen. Bei der Multiplikation werden die im Rahmen der Retrozession einforderbaren Beträge abgezogen. Auf begründeten Antrag des Versicherungsunternehmens und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde dürfen von Zweckgesellschaften einforderbare Beträge als Retrozession abgezogen werden.

8) Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde kann die Zuweisung der Aufwendungen für Versicherungsfälle, der Rückstellungen und der aus Rückgriffen erzielten Einnahmen anhand statistischer Verfahren erfolgen.

Art. 28i⁷⁰

Rückversicherung in der Krankenversicherung

Die Prozentsätze gemäss Art. 28g Abs. 4 und Art. 28h Abs. 6 werden für die Rückversicherung von Krankenversicherungen, die nach Art der Lebensversicherung betrieben werden, auf ein Drittel gekürzt, wenn:

- a) auf der Grundlage von Wahrscheinlichkeitstabellen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnete Prämien erhoben werden;
- b) eine Altersrückstellung gebildet wird;
- c) ein angemessener Sicherheitszuschlag erhoben wird;
- d) das Versicherungsunternehmen spätestens vor Ablauf des dritten Versicherungsjahres den Vertrag kündigen kann;
- e) vertraglich die Möglichkeit vorgesehen ist, auch für bestehende Verträge die Prämien zu erhöhen oder die Leistungen herabzusetzen.

Art. 28k⁷¹

Geforderte Solvabilitätsspanne für die Lebensrückversicherung

Die geforderte Solvabilitätsspanne für die Lebensrückversicherung berechnet sich nach Art. 28f bis 28i.

Art. 28l⁷²

Geforderte Solvabilitätsspanne für ein Rückversicherungsunternehmen, das gleichzeitig Nichtlebens- und Lebensrückversicherung betreibt

1) Ein Rückversicherungsunternehmen, das sowohl die Nichtlebens- als auch die Lebensrückversicherung betreibt, hat eine verfügbare Solvabilitätsspanne aufzuweisen, die den Gesamtbetrag der geforderten Solvabilitätsspanne sowohl für Nichtlebens- als auch für Lebensrückversicherung deckt.

2) Erreicht die verfügbare Solvabilitätsspanne nicht die nach Abs. 1 vorgeschriebene Höhe, hat die Aufsichtsbehörde die in den Art. 37 bis 37b des Versicherungsaufsichtsgesetzes vorgesehenen Massnahmen zu treffen.

Art. 28m

*Garantiefonds*⁷³

1) Ein Drittel der geforderten Solvabilitätsspanne bildet den Garantiefonds. Dieser besteht aus den in Art. 28a bis 28c sowie, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde, in Art. 28d Bst. a genannten Eigenmitteln.⁷⁴

2) Der Mindestgarantiefonds muss 3.6 Millionen Euro betragen. Bei firmeneigenen Rückversicherungsunternehmen kann die Aufsichtsbehörde eine Reduktion des Mindestgarantiefonds bis zu einem Betrag von 1.2 Millionen Euro gestatten.⁷⁵

3) Die in Abs. 2 genannten Beträge sind periodisch dem von Eurostat ermittelten Europäischen Verbraucherpreisindex anzupassen. Die Aufsichtsbehörde veröffentlicht jeweils die gültigen Beträge.⁷⁶

Art. 28n⁷⁷*Organisationsfonds*

1) Der Organisationsfonds beträgt bei der Geschäftsaufnahme eines Rückversicherungsunternehmens in der Regel zwischen 20 % und 50 % des Mindestkapitals gemäss Art. 14 des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

2) Er ist durch kurzfristig verwertbare Aktiven zu bestellen.

3) Der Organisationsfonds darf frühestens drei Jahre nach seiner Bestellung oder Wiederbestellung und nur mit schriftlicher Zustimmung der Aufsichtsbehörde für andere als die im Gesetz genannten Zwecke verwendet werden.

4) Die Aufsichtsbehörde kann, wenn sich in der Jahresrechnung ein Verlust abzeichnet, die Erhöhung des Organisationsfonds oder seine Wiederbestellung verlangen.

IV. Versicherungstechnische Rückstellungen

A. Schadenversicherung

Art. 29

Bildung und Bewertung versicherungstechnischer Rückstellungen

1) Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen zu bilden. Diese müssen gewährleisten, dass die Versicherungsunternehmen alle ihre aus Versicherungsverträgen resultierenden Verpflichtungen im Rahmen dessen, was bei vernünftiger Betrachtungsweise vorhersehbar ist, erfüllen können.

2) Bildung und Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im einzelnen bestimmen sich nach den in Anhang 4 enthaltenen Vorschriften.

Art. 30

Bedeckung und Kongruenz

1) Jedes Versicherungsunternehmen ist verpflichtet, die versicherungstechnischen Rückstellungen für seine gesamte Geschäftstätigkeit durch kongruente Vermögenswerte gemäss Anhang 2 zu bedecken.

2) Hinsichtlich der Geschäftstätigkeit im Geltungsbereich des EWR-Abkommens müssen die in Abs. 1 vorgeschriebenen Vermögenswerte in einem oder in mehreren Vertragsstaaten des EWR-Abkommens belegen sein. Die Aufsichtsbehörde kann in begründeten Fällen von diesem Belegenerfordernis Ausnahmen bewilligen.

Art. 31

Grundsätze der Kapitalanlage und Meldepflicht

1) Bei Vermögenswerten, die die versicherungstechnischen Rückstellungen bedecken, ist der Art der betriebenen Versicherungsgeschäfte sowie der Unternehmensstruktur dahingehend Rechnung zu tragen, dass möglichst grosse Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität des Versicherungsunternehmens erreicht wird, unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung der Vermögenswerte.

2) Über die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen und die zu deren Bedeckung dienenden Vermögenswerte haben Versicherungsun-

ternehmen der Aufsichtsbehörde jeweils per 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember Bericht zu erstatten.⁷⁸

Art. 32

Unterjährige Schätzung versicherungstechnischer Rückstellungen

Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit eine Schätzung versicherungstechnischer Rückstellungen anordnen, insbesondere bei aussergewöhnlicher Geschäftsausweitung.

Art. 33

Zulässige Vermögenswerte

Zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen sind von den in Anhang 4 Ziff. 2 unter den Aktiven angeführten Vermögenswerten folgende zugelassen:

- a) Kapitalanlagen (Bst. B) mit Ausnahme der Anderen Kapitalanlagen (Bst. B Ziff. III Punkt 7); Wertpapiere, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden, jedoch nur insoweit, als sie kurzfristig veräussert werden können;
- b) Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft (Bst. D Ziff. I), Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft (Bst. D Ziff. II) sowie Forderungen gegenüber Zweckgesellschaften; nicht jedoch solche Forderungen, deren Fälligkeitstermin drei Monate oder länger zurückliegt;⁷⁹
- c) laufende Guthaben bei Banken, Postscheckguthaben, Schecks und Kassenbestand (Bst. E Ziff. II);
- d) abgegrenzte Zinsen und Mieten (Bst. F Ziff. I);
- e) Anlagen in derivativen Finanzinstrumenten in Verbindung mit Vermögenswerten, die die versicherungstechnischen Rückstellungen bedecken, sind zulässig, sofern sie zur Verringerung von Anlagerisiken oder zur Erleichterung einer effizienten Portfolioverwaltung beitragen. Diese Instrumente sind nach dem Grundsatz der Vorsicht zu bewerten und können bei der Bewertung der zugrunde liegenden Vermögenswerte berücksichtigt werden.⁸⁰

Art. 34

Begrenzungen

1) Für die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugelassenen Vermögenswerte gelten folgende Begrenzungen:

- a) 30 % für Grundstücke und Bauten (Anhang 4 Ziff. 3 Bst. a) sowie Beteiligungen an Immobiliengesellschaften (Gesellschaften, deren Geschäftszweck einzig der Erwerb und der Verkauf sowie die Vermietung und die Verpachtung eigener Grundstücke ist), aber höchstens 10 % für ein einzelnes Grundstück; dabei werden mehrere rechtlich selbständige Grundstücke zusammengenommen, wenn sie wirtschaftlich eine Einheit bilden;
- b) 40 % für Beteiligungen, Anteile an Anlagefonds und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere;
- c) vorbehaltlich Bst. d 5 % für Kapitalanlagen gemäss Bst. b sowie andere Wertpapiere und Ausleihungen aller Art, die dasselbe Unternehmen oder denselben Schuldner betreffen; diese Grenze erhöht sich auf 10 %, wenn von der Erhöhung insgesamt nicht mehr als 40 % der versicherungstechnischen Rückstellungen betroffen sind;
- d) 5 % für nicht gesicherte Ausleihungen an andere Schuldner als Banken, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen mit Sitz in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens, aber höchstens 1 % für solche Ausleihungen an einen einzelnen Schuldner;
- e) 10 % für Wertpapiere, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden;
- f) 3 % für den Kassenbestand.

2) Im Fall von Abs. 1 Bst. c liegt die Höchstgrenze je Unternehmen bei 40 %, sofern es sich um Anleihen handelt, die von einer Bank ausgegeben werden, welche ihren Sitz in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens hat und von Gesetzes wegen einer besonderen staatlichen Aufsicht untersteht. Insbesondere müssen die aus der Begebung der Anleihen resultierenden Geldbeträge in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Anleihen die Deckung der Ansprüche aus den Anleihen gewährleisten und die bei Ausfall des Ausstellers vorrangig zur Rückzahlung des Kapitals und zur Zahlung der anteiligen Zinsen verwendet werden.

Art. 35

Ausnahmen

1) Die Aufsichtsbehörde kann auch andere Vermögenswerte zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen zulassen als die in Art. 33 aufgeführten, sofern sie in bezug auf Risiko, Ertrag und Liquidität gleichwertig sind.

2) Sie kann tiefere Begrenzungen festsetzen als die in Art. 34 aufgeführten, wenn es die Sicherheit der Versichertenansprüche erfordert.

3) Die Aufsichtsbehörde kann ihre Entscheide an Auflagen und Bedingungen knüpfen; sie berücksichtigt dabei insbesondere die in einem Versicherungsunternehmen vorhandenen Sachkenntnisse und dessen Organisation.

Art. 36

Verwahrung der Vermögenswerte

Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall einem Versicherungsunternehmen die gesonderte Verwahrung der zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen bestimmten Vermögenswerte vorschreiben.

Art. 37

Bewertung der Vermögenswerte

1) Die Anrechenbarkeit der für die Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugelassenen Vermögenswerte richtet sich vorbehaltlich Abs. 2 und 3 nach ihrer Bewertung für Zwecke der Jahresrechnung (Art. 64, Anhang 4).

2) Schulden, die beim Erwerb von Vermögenswerten entstanden sind, sind bei deren Bewertung in Abzug zu bringen.

3) Bei der Bewertung von Forderungen sind verrechenbare Gegenforderungen abzuziehen.

Art. 38

Schwankungsrückstellung in der Kreditversicherung

1) Versicherungsunternehmen, welche die Kreditversicherung betreiben (Versicherungszweig 14), haben eine Schwankungsrückstellung zu bilden, die zum Ausgleich eines im Geschäftsjahr auftretenden versicherungstechnischen

nischen Verlustes oder einer im Geschäftsjahr resultierenden überdurchschnittlich hohen Schadenquote in diesem Versicherungszweig bestimmt ist.

2) Die Schwankungsrückstellung ist nach einer der vier gleichwertigen Methoden gemäss Anhang 3 zu berechnen.

3) Die Schwankungsrückstellung wird bis zur Höhe des nach einer in Abs. 2 genannten Methode errechneten Betrages nicht auf die Solvabilitäts-spanne angerechnet.

4) Versicherungsunternehmen müssen keine Schwankungsrückstellung bilden, wenn die gebuchten Bruttoprämien aus der Kreditversicherung

- a) weniger als 4 % der gesamten gebuchten Bruttoprämien ausmachen und
- b) weniger als 4 Millionen Franken betragen.

B. Lebensversicherung

Art. 39

Bildung und Bewertung versicherungstechnischer Rückstellungen

1) Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen zu bilden. Diese müssen gewährleisten, dass die Versicherungsunternehmen alle ihre aus Versicherungsverträgen resultierenden Verpflichtungen im Rahmen dessen, was bei vernünftiger Betrachtungsweise vorhersehbar ist, erfüllen können.

2) Bildung und Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im einzelnen bestimmen sich nach den in Anhang 4 enthaltenen Vorschriften.

Art. 40

Bedeckung und Kongruenz

1) Jedes Versicherungsunternehmen ist verpflichtet, die versicherungstechnischen Rückstellungen für seine gesamte Geschäftstätigkeit durch kongruente Vermögenswerte gemäss Anhang 2 zu bedecken.

2) Hinsichtlich der Geschäftstätigkeit im Geltungsbereich des EWR-Abkommens müssen die in Abs. 1 vorgeschriebenen Vermögenswerte in einem oder in mehreren Vertragsstaaten des EWR-Abkommens belegen sein. Die Aufsichtsbehörde kann in begründeten Fällen von diesem Belegenheitsanforderung Ausnahmen bewilligen.

Art. 41

Grundsätze der Kapitalanlage und Meldepflicht

1) Bei Vermögenswerten, die die versicherungstechnischen Rückstellungen bedecken, ist der Art der betriebenen Versicherungsgeschäfte sowie der Unternehmensstruktur dahingehend Rechnung zu tragen, dass möglichst grosse Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität des Versicherungsunternehmens erreicht wird, unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung der Vermögenswerte.

2) Über die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen und die zu deren Bedeckung dienenden Vermögenswerte haben Versicherungsunternehmen der Aufsichtsbehörde jeweils per 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember Bericht zu erstatten.⁸¹

Art. 42

Unterjährige Schätzung versicherungstechnischer Rückstellungen

Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit eine Schätzung versicherungstechnischer Rückstellungen anordnen, insbesondere bei aussergewöhnlicher Geschäftsausweitung.

Art. 43

Zulässige Vermögenswerte

1) Zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen (Anhang 4 Ziff. 2, Bst. D der Passiven) sind von den in Anhang 4 Ziff. 2 unter den Aktiven angeführten Vermögenswerten folgende zugelassen:

- a) Kapitalanlagen (Bst. B) mit Ausnahme der Anderen Kapitalanlagen (Bst. B Ziff. III Punkt 7); Wertpapiere, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden, jedoch nur insoweit, als sie kurzfristig veräussert werden können;
- b) Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft (Bst. D Ziff. I), Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft (Bst. D Ziff. II) sowie Forderungen gegenüber Zweckgesellschaften; nicht jedoch solche Forderungen, deren Fälligkeitstermin drei Monate oder länger zurückliegt;⁸²
- c) laufende Guthaben bei Banken, Postscheckguthaben, Schecks und Kasensbestand (Bst. E Ziff. II);
- d) abgegrenzte Zinsen und Mieten (Bst. F Ziff. I).

e) Anlagen in derivativen Finanzinstrumenten in Verbindung mit Vermögenswerten, die die versicherungstechnischen Rückstellungen bedecken, sind zulässig, sofern sie zur Verringerung von Anlagerisiken oder zur Erleichterung einer effizienten Portfolioverwaltung beitragen. Diese Instrumente sind nach dem Grundsatz der Vorsicht zu bewerten und können bei der Bewertung der zugrunde liegenden Vermögenswerte berücksichtigt werden.⁸³

2) Hinsichtlich versicherungstechnischer Rückstellungen für Lebensversicherungsverträge, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird (Anhang 4 Ziff. 2, Bst. E der Passiven), gilt folgendes:

- a) Sind die Leistungen aus einem Vertrag direkt an den Wert von Anteilen eines Anlagefonds oder eines anderen Sondervermögens gebunden, müssen die versicherungstechnischen Rückstellungen für diese Leistungen so weit wie möglich durch die betreffenden Anteile oder, sofern keine Anteile gebildet werden, durch die betreffenden Vermögenswerte bedeckt werden.
- b) Sind die Leistungen aus einem Vertrag direkt an einen Aktienindex oder an einen anderen als den in Bst. a genannten Bezugswert gebunden, müssen die versicherungstechnischen Rückstellungen für diese Leistungen so weit wie möglich entweder durch die Anteile, die den Bezugswert darstellen sollen, oder, sofern keine Anteile gebildet werden, durch Vermögenswerte mit angemessener Sicherheit und Realisierbarkeit bedeckt werden, die so genau wie möglich denjenigen Werten entsprechen, auf denen der besondere Bezugswert beruht.

Art. 44

Begrenzungen

1) Für die Begrenzung der zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugelassenen Vermögenswerte gilt Art. 34.

2) Abs. 1 gilt nicht, soweit Art. 43 Abs. 2 anzuwenden ist.

Art. 45

Ausnahmen

1) Die Aufsichtsbehörde kann auch andere Vermögenswerte zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen zulassen als die in Art. 43 aufgeführten, sofern sie in bezug auf Risiko, Ertrag und Liquidität gleichwertig sind.

2) Sie kann tiefere Begrenzungen festsetzen als die in Art. 44 aufgeführten, wenn es die Sicherheit der Versichertenansprüche erfordert.

3) Die Aufsichtsbehörde kann ihre Entscheide an Auflagen und Bedingungen knüpfen; sie berücksichtigt dabei insbesondere die in einem Versicherungsunternehmen vorhandenen Sachkenntnisse und dessen Organisation.

Art. 46

Verwahrung der Vermögenswerte

Die Aufsichtsbehörde kann im Einzelfall einem Versicherungsunternehmen die gesonderte Verwahrung der zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen bestimmten Vermögenswerte vorschreiben.

Art. 47

Bewertung der Vermögenswerte

1) Die Anrechenbarkeit der für die Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugelassenen Vermögenswerte richtet sich vorbehaltlich Abs. 2 und 3 nach ihrer Bewertung für Zwecke der Jahresrechnung (Art. 64, Anhang 4).

2) Schulden, die beim Erwerb von Vermögenswerten entstanden sind, sind bei deren Bewertung in Abzug zu bringen.

3) Bei der Bewertung von Forderungen sind verrechenbare Gegenforderungen abzuziehen.

C. Rückversicherung⁸⁴

Art. 47a⁸⁵

Bildung und Bewertung versicherungstechnischer Rückstellungen

1) Rückversicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen zu bilden. Diese müssen gewährleisten, dass die Rückversicherungsunternehmen alle ihre aus der gesamten Tätigkeit resultierenden Verpflichtungen im Rahmen dessen, was bei vernünftiger Betrachtungsweise vorhersehbar ist, erfüllen können.

2) Bildung und Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im Einzelnen bestimmen sich nach den in Anhang 4 enthaltenen

Vorschriften, soweit in den nachstehenden Bestimmungen nichts Abweichendes geregelt wird.

Art. 47b⁸⁶

Bedeckung

Die Bedeckung versicherungstechnischer Rückstellungen durch Forderungen gegenüber Versicherungsunternehmen mit Sitz ausserhalb der Vertragsstaaten des EWR-Abkommens ist nur gestattet, wenn diese Unternehmen im Herkunftsstaat einer im Vergleich zum Inland gleichwertigen Aufsicht unterstehen und im Fürstentum Liechtenstein über keine Niederlassung verfügen.

Art. 47c⁸⁷

Grundsätze der Kapitalanlage

Rückversicherungsunternehmen müssen bei der Anlage von Vermögenswerten, die die versicherungstechnischen Rückstellungen bedecken, folgende Regeln einhalten:

- a) Bei den Vermögenswerten ist der Art des von dem Rückversicherungsunternehmen betriebenen Geschäfts hinsichtlich der Natur, Höhe und Dauer der erwarteten Schadenzahlungen dergestalt Rechnung zu tragen, dass die Angemessenheit, Liquidität, Sicherheit, Qualität, Rentabilität und Kongruenz der Anlagen gewährleistet sind.
- b) Das Rückversicherungsunternehmen stellt durch eine geeignete Mischung und Streuung dieser Anlagen sicher, dass es auf sich wandelnde wirtschaftliche Bedingungen, insbesondere Veränderungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten oder auf Katastrophenereignisse mit Schadensfällen grossen Ausmasses angemessen reagieren kann. Das Unternehmen hat die Auswirkungen ungewöhnlicher Marktsituationen auf seine Anlagen abzuschätzen und diese zur Minderung solcher Auswirkungen entsprechend zu mischen.
- c) Anlagen in Vermögenswerten, die nicht zum Handel an einem geregelten Finanzmarkt zugelassen sind, sind nur insoweit zulässig, als sie kurzfristig veräussert werden können.
- d) Anlagen in derivativen Finanzinstrumenten sind zulässig, sofern sie zur Verringerung von Anlagerisiken oder zur Erleichterung einer effizienten Portfolioverwaltung beitragen. Ihr Wert ist mit der gebotenen Vorsicht unter Berücksichtigung des Basiswerts anzusetzen und hat mit in die

Bewertung der Vermögenswerte der Rückversicherungsunternehmen einzufließen. Das Rückversicherungsunternehmen hat ferner ein übermässiges Risiko in Bezug auf eine einzige Gegenpartei und auf andere Derivatgeschäfte zu vermeiden.

- e) Die Anlagen sind in angemessener Weise so zu streuen, dass eine übermässige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert, Emittenten oder von einer bestimmten Unternehmensgruppe und grössere Risikoballungen im Portfolio insgesamt vermieden werden. Anlagen in Vermögenswerten ein und desselben Emittenten oder von Emittenten, die derselben Unternehmensgruppe angehören, dürfen das Rückversicherungsunternehmen nicht einer übermässigen Risikokonzentration aussetzen.

Art. 47d⁸⁸

Begrenzungen

Die Aufsichtsbehörde kann für die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen zugelassenen Vermögenswerte folgende Begrenzungen anordnen, sofern dies unter Gesichtspunkten der Anlagevorsicht geboten erscheint:

- a) Höchstens 30 % der versicherungstechnischen Bruttorekstellungen dürfen in anderen Währungen als der der versicherungstechnischen Rückstellungen angelegt werden.
- b) Höchstens 30 % der versicherungstechnischen Bruttorekstellungen dürfen in Aktien und mit Aktien vergleichbaren Wertpapieren, Schuldverschreibungen und Anleihen, die nicht zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind, angelegt werden.
- c) Höchstens 5 % der versicherungstechnischen Bruttorekstellungen dürfen in Aktien und mit Aktien vergleichbaren Wertpapieren, Schuldverschreibungen, Anleihen und anderen Geld- und Kapitalmarktpapieren desselben Unternehmens beziehungsweise 10 % von Unternehmen derselben Unternehmensgruppe angelegt werden.

Art. 47e⁸⁹

Allgemeine Schwankungsrückstellung

1) Rückversicherungsunternehmen und Captives haben eine allgemeine Schwankungsrückstellung zu bilden, die sich an der Gesamtheit der Aktivitäten des Unternehmens orientieren muss.

2) Die Schwankungsrückstellung ist nach den Vorschriften in Anhang 2a zu berechnen.

3) Bei der Bildung dieser Schwankungsrückstellung ist eine Schwankungsrückstellung in der Kreditversicherung gemäss Art. 47f anzurechnen.

Art. 47f⁹⁰

Schwankungsrückstellung in der Kreditversicherung

1) Rückversicherungsunternehmen, welche Risiken versichern, die zur Kreditversicherung gehören (Versicherungszweig 14), haben eine Schwankungsrückstellung zu bilden, die zum Ausgleich eines im Geschäftsjahr auftretenden versicherungstechnischen Verlustes oder einer im Geschäftsjahr resultierenden überdurchschnittlich hohen Schadenquote in diesem Versicherungszweig bestimmt ist.

2) Die Schwankungsrückstellung ist nach einer der vier gleichwertigen Methoden gemäss Anhang 3 zu berechnen.

3) Rückversicherungsunternehmen müssen keine Schwankungsrückstellung bilden, wenn die gebuchten Bruttoprämien aus der Kreditrückversicherung:

- a) weniger als 4 % der gesamten gebuchten Bruttoprämien ausmachen; und
- b) weniger als 2.5 Millionen Euro betragen.

Art. 47g⁹¹

Von einer Zweckgesellschaft einforderbare Beträge

1) Von einer Zweckgesellschaft einforderbare Beträge dürfen als Vermögenswerte zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendet werden, wenn die Aufsichtsbehörde dies vorgängig bewilligt.

2) Sofern eine Bewilligung nach Abs. 1 vorliegt, sind die in den Art. 47a bis 47f niedergelegten Grundsätze und Vorschriften zu beachten.

V. Inlandstätigkeit ausländischer Versicherungsunternehmen

A. Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens

Art. 48⁹²

Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Beabsichtigt ein Versicherungsunternehmen den Versicherungszweig der Haftpflicht für Landfahrzeuge mit eigenem Antrieb zu betreiben, so gilt Art. 18c des Versicherungsaufsichtsgesetzes sinngemäss.

Art. 49

Vertreter für die Abwicklung von Schadenfällen

1) Dem beim grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr in der Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung zu ernennenden inländischen Vertreter des Versicherungsunternehmens obliegen folgende Aufgaben:

- a) Sammlung aller erforderlichen Informationen über Schadenfälle;
- b) Vertretung des Versicherungsunternehmens gegenüber geschädigten Personen, die Schadenersatzansprüche geltend machen, wobei der Vertreter mit den erforderlichen Kompetenzen auszustatten ist, einschliesslich der Befugnis zur Auszahlung entsprechender Geldbeträge;
- c) Vertretung des Versicherungsunternehmens, unter Einschluss des Rechts auf Substituierung, vor den inländischen Gerichten und Behörden in bezug auf Ansprüche geschädigter Personen;
- d) Vertretung des Versicherungsunternehmens vor den inländischen Behörden hinsichtlich des Bestehens und der Gültigkeit einer Versicherungspolice über die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung.

2) Die Ernennung eines solchen Vertreters bedeutet nicht die Eröffnung einer Zweigniederlassung oder Agentur des Versicherungsunternehmens.⁹³

B. Drittland-Versicherungsunternehmen⁹⁴

Art. 50

Bewilligungsgesuch

Für das Bewilligungsgesuch und die damit einzureichenden Unterlagen gelten Art. 6 bis 10 entsprechend.

Art. 51

Besondere Nachweise

Zusammen mit dem Bewilligungsgesuch sind einzureichen:

- a) ein Tätigkeitsplan sowie die hinsichtlich der inländischen Zweigniederlassung oder Agentur erforderlichen Angaben und Unterlagen, einschliesslich der Statuten des Versicherungsunternehmens und eines beglaubigten Auszugs aus dem Öffentlichkeits- oder Handelsregister des Sitzstaates;⁹⁵
- b) eine Bescheinigung der zuständigen Aufsichtsbehörde des Sitzstaates, wonach das Versicherungsunternehmen an seinem Sitz unter seinem Namen Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden kann, sowie welche Versicherungszweige das Versicherungsunternehmen zu betreiben befugt ist und welche Arten von Risiken es tatsächlich deckt;⁹⁶
- c) die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung für jedes der drei letzten Geschäftsjahre; besteht das Versicherungsunternehmen noch nicht drei Jahre, so hat es diese Unterlagen nur für die bereits abgeschlossenen Geschäftsjahre vorzulegen;
- d) Ausweise und Belege in bezug auf die erforderliche Kapitalausstattung;
- e) eine Bescheinigung über den Eintrag der Zweigniederlassung oder Agentur sowie des Generalbevollmächtigten in das inländische Handelsregister gemäss den Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR).⁹⁷

Art. 52

Erteilung der Bewilligung

Für die Erteilung und den Umfang der Bewilligung gilt Art. 11 entsprechend.

Art. 53

Kapitalausstattung

1) Drittland-Versicherungsunternehmen haben Eigenmittel mindestens in Höhe einer Solvabilitätsspanne zu bilden, die sich nach dem Geschäftsumfang im Fürstentum Liechtenstein bemisst.⁹⁸

2) Ein Drittel der Solvabilitätsspanne bildet den Garantiefonds. Der Mindestgarantiefonds muss betragen:⁹⁹

a) in der Schadenversicherung die Hälfte des Mindestgarantiefonds gemäss Art. 17 Abs. 2;¹⁰⁰

b) in der Lebensversicherung 1.75 Millionen Euro.¹⁰¹

3) Die nach Art. 54 geleistete Kautions wird auf den Mindestgarantiefonds angerechnet.¹⁰²

4) Die Vermögenswerte, die der Solvabilitätsspanne und dem Organisationsfonds entsprechen, müssen in Höhe des Garantiefonds im Inland und im Übrigen in einem oder mehreren Vertragsstaaten des EWR-Abkommens belegen sein.¹⁰³

5) Im übrigen gelten die Bestimmungen dieser Verordnung über die Kapitalanforderungen für inländische Versicherungsunternehmen entsprechend.

Art. 54

Kautions

1) Drittland-Versicherungsunternehmen haben im Inland bei Aufnahme der Versicherungstätigkeit eine Kautions zu hinterlegen, die einem Viertel des nach Art. 53 Abs. 2 vorgeschriebenen Mindestbetrags entspricht.¹⁰⁴

2) Die Kautions ist bei einer liechtensteinischen Bank in Obligationen dieser Bank zu hinterlegen. Diese Vermögenswerte bleiben gesperrt, und es darf ohne Genehmigung der Aufsichtsbehörde darüber nicht verfügt werden.

Art. 55¹⁰⁵*Versicherungstechnische Rückstellungen*

1) Drittland-Versicherungsunternehmen haben im Inland für das gesamte inländische Geschäft versicherungstechnische Rückstellungen zu bilden; Art. 29 bis 47 sind entsprechend anzuwenden.

2) Über Vermögenswerte, die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Lebensversicherung bestimmt sind, dürfen Drittland-Versicherungsunternehmen nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde verfügen.

Art. 56¹⁰⁶

Belegenheit der Vermögenswerte zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Drittland-Versicherungsunternehmen müssen die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen für das inländische Geschäft bestimmten Vermögenswerte im Inland verwahren, soweit es sich nicht um Abrechnungsforderungen gegen Rückversicherer handelt.

VI. Aufsicht über die Geschäftstätigkeit der Versicherungsunternehmen

A. Aufsicht im allgemeinen

Art. 57

Grundsatz

1) Die Aufsichtsbehörde beaufsichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit der Versicherungsunternehmen. Dabei verpflichtet die Aufsichtsbehörde Versicherungsunternehmen zur Einhaltung angemessener interner Kontrollverfahren. Diese müssen sich auch auf die für die Durchführung der zusätzlichen Aufsicht nach Art. 7 des Versicherungsaufsichtsgesetzes zweckdienlichen Informationen beziehen.¹⁰⁷

2) Ausländische Versicherungsunternehmen werden nach Massgabe der Versicherungsaufsichtsgesetzgebung hinsichtlich ihrer Inlandstätigkeit beaufsichtigt.

3) Inländische Zweigniederlassungen von Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens können von der zuständigen Behörde des Herkunftsstaates oder von ihr beauftragten Personen hinsichtlich der für die Finanzaufsicht notwendigen Informationen vor Ort geprüft werden, sobald die inländische Aufsichtsbehörde davon schriftlich verständigt worden ist. Die inländische Aufsichtsbehörde kann sich an dieser Prüfung beteiligen.¹⁰⁸

Art. 57a¹⁰⁹*Risikomanagement und interne Kontrollverfahren*

Um den Anforderungen nach Art. 36b des Versicherungsaufsichtsgesetzes zu genügen, haben Versicherungsunternehmen insbesondere sicherzustellen:

- a) geeignete Mechanismen in Bezug auf die Eigenkapitalausstattung zur Ermittlung und Quantifizierung aller wesentlichen Risikoposten und auf die angemessene Unterlegung dieser Risiken mit Eigenmitteln;
- b) ein ordnungsgemässes Berichtswesen und eine ordnungsgemässe Rechnungslegung zur Ermittlung, Quantifizierung, Überwachung und Kontrolle der Risiken und der Risikokonzentration;
- c) die Einstellung und den Beizug von fachlich ausgewiesenem Personal zur Bewältigung der durch Risikomanagement und Kontrollverfahren gestellten Aufgaben.

Art. 57b¹¹⁰*Dokumentation des Risikomanagements*

Die Dokumentation des Risikomanagements hat insbesondere folgende Punkte zu umfassen:

- a) Darlegung der Organisation des unternehmensweiten Risikomanagements sowie der damit verbundenen Kompetenzen und Verantwortlichkeiten;
- b) Anforderungen an das Risikomanagement;
- c) Risikopolitik einschliesslich Risikotoleranz;
- d) Verfahren zur Identifikation der wesentlichen Risiken sowie Darstellung der Methode, Instrumente und Prozesse zu deren Messung, Überwachung und Steuerung;
- e) Darstellung der angewendeten Limiten-Systeme für Risikoexpositionen sowie der Kontrollmechanismen;
- f) interne Richtlinien zum Risikomanagement und zu den damit verbundenen Prozessen;
- g) Darstellung angemessener IT-Prozesse.

Art. 58

Meldung über die Identität von Gesellschaftern

Mindestens einmal jährlich unterrichten inländische Versicherungsunternehmen die Aufsichtsbehörde über die Identität von Aktionären oder anderen Gesellschaftern, die qualifizierte Beteiligungen halten, sowie über deren Höhe der Beteiligung.

Art. 59

Qualifizierte Beteiligungen an Versicherungsunternehmen¹¹¹

1) Jede natürliche oder juristische Person oder gemeinsam handelnde natürliche oder juristische Personen (nachfolgend: interessierte Erwerber), die beabsichtigt oder beabsichtigen, eine qualifizierte Beteiligung an einem Versicherungsunternehmen direkt oder indirekt zu erwerben, zu erhöhen oder zu veräussern, mit der Folge, dass ihr Anteil an den Stimmrechten oder am Kapital die Werte von 20 %, 33 % oder 50 % erreicht, über- oder unterschreitet oder dass das Versicherungsunternehmen ihr Tochterunternehmen wird oder aufhört, es zu sein, hat oder haben der Aufsichtsbehörde Meldung zu erstatten.¹¹²

2) Die Meldung nach Abs. 1 hat schriftlich unter Abgabe des Umfangs der beabsichtigten Beteiligung oder Beteiligungsreduktion sowie der Informationen nach Art. 61 Abs. 1 zu erfolgen.¹¹³

3) Die Aufsichtsbehörde bestätigt dem interessierten Erwerber innerhalb von maximal zwei Arbeitstagen schriftlich den Eingang der Meldung und der nach Art. 61 Abs. 1 erforderlichen Unterlagen. Sie teilt dem interessierten Erwerber gleichzeitig den Ablauf des Beurteilungszeitraums nach Abs. 4 mit.¹¹⁴

4) Die Aufsichtsbehörde hat innert 60 Arbeitstagen ab dem Datum der Eingangsbestätigung die Beurteilung des Erwerbs oder der Erhöhung der Beteiligung vorzunehmen (Beurteilungszeitraum).¹¹⁵

5) Die Aufsichtsbehörde kann bis spätestens am 50. Arbeitstag des Beurteilungszeitraums weitere für die Beurteilung notwendige Informationen und Unterlagen schriftlich und unter expliziter Bezeichnung derselben anfordern. Der Beurteilungszeitraum wird für die Dauer vom Zeitpunkt der Anforderung von Informationen bis zum Eingang der entsprechenden Antwort des interessierten Erwerbers, längstens jedoch während 20 Arbeitstagen, unterbrochen. Die Entscheidung, ob weitere Informationen oder

Unterlagen angefordert werden sollen, obliegt der Aufsichtsbehörde, jedoch wird dadurch der Beurteilungszeitraum kein weiteres Mal unterbrochen.¹¹⁶

6) Die Aufsichtsbehörde kann die Unterbrechung des Beurteilungszeitraums auf 30 Arbeitstage ausdehnen, wenn der interessierte Erwerber:¹¹⁷

a) in einem Drittstaat ansässig ist oder von einer zuständigen Behörde eines Drittstaats beaufsichtigt wird; oder¹¹⁸

b) eine natürliche oder juristische Person ist, die weder nach dem Bankengesetz, dem Gesetz über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, dem Investmentunternehmensgesetz, dem Gesetz über die Verwalter alternativer Investmentfonds, dem Vermögensverwaltungsgesetz noch dem Versicherungsaufsichtsgesetz einer Beaufsichtigung unterliegt.¹¹⁹

7) Für den Fall, dass die Aufsichtsbehörde gegen den Erwerb oder die Erhöhung Einspruch erhebt, teilt sie dies dem interessierten Erwerber innert zwei Tagen nach Abschluss der Beurteilung, jedenfalls jedoch innerhalb des Beurteilungszeitraums, unter Angabe der Gründe schriftlich mit. Ohne Einspruch innerhalb des Beurteilungszeitraums gilt der Erwerb oder die Erhöhung als genehmigt.¹²⁰

8) Werden der Aufsichtsbehörde zwei oder mehrere Erwerbs- oder Erhöhungsabsichten bezüglich qualifizierter Beteiligungen an demselben Versicherungsunternehmen mitgeteilt, so hat die Aufsichtsbehörde diese Absichten der Mitteilenden jedenfalls in nichtdiskriminierender Weise zu behandeln.¹²¹

Art. 60¹²²

Beteiligung von Versicherungsunternehmen an anderen Versicherungsunternehmen

Versicherungsunternehmen mit Sitz im Fürstentum Liechtenstein unterrichten die Aufsichtsbehörde über Erwerb und Abtretung von Beteiligungen an anderen Versicherungsunternehmen, aufgrund deren eine der in Art. 59 genannten Schwellen über- oder unterschritten wird oder das andere Versicherungsunternehmen Tochterunternehmen wird oder nicht mehr Tochterunternehmen ist oder auf es ein beherrschender Einfluss ausgeübt oder nicht mehr ausgeübt wird.

Art. 61¹²³*Materielle Beurteilung von Beteiligungen*

1) Die Aufsichtsbehörde prüft im Interesse einer soliden und umsichtigen Führung des Versicherungsunternehmens die Eignung des interessierten Erwerbers und die Solidität des beabsichtigten Erwerbs oder der beabsichtigten Erhöhung auf folgende Kriterien:

- a) die persönliche Integrität des interessierten Erwerbers;
- b) die persönliche Integrität und Erfahrung jeder Person, die infolge des Erwerbs oder der Erhöhung das Versicherungsunternehmen leiten wird;
- c) die finanzielle Solidität des interessierten Erwerbers, insbesondere hinsichtlich der tatsächlichen und geplanten Geschäfte des Versicherungsunternehmens, an dem die Beteiligung erworben werden soll;
- d) die Tatsache, ob:
 1. das Versicherungsunternehmen in der Lage ist und bleiben wird, den für es relevanten Aufsichtsanforderungen zu genügen; und
 2. die Gruppe, zu der das Versicherungsunternehmen aufgrund des Erwerbs oder der Erhöhung gehören wird, derart strukturiert ist, dass eine wirksame Aufsicht, eine vernünftige Aufteilung der Zuständigkeit sowie ein wirksamer Austausch von Informationen zwischen der Aufsichtsbehörde und der sonst zuständigen Behörden möglich ist oder wird;
- e) die Tatsache, ob ein hinreichender Verdacht besteht, dass im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Erwerb Geldwäscherei oder Terrorismusfinanzierung stattfinden oder stattgefunden haben oder ob diese Straftaten versucht wurden oder ob der beschlossene Erwerb das Risiko eines solchen Verhaltens erhöhen könnte.

2) Die Aufsichtsbehörde kann Einspruch gegen den Erwerb oder die Erhöhung erheben, wenn es auf der Grundlage der Kriterien nach Abs. 1 vernünftige Gründe gibt oder die vorzulegenden Informationen oder Unterlagen unvollständig sind.

3) Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, dass bereits vollzogene Beteiligungen rückgängig zu machen sind, wenn die Personen, die eine solche Beteiligung halten oder anstreben, den im Interesse einer soliden und umsichtigen Führung des Versicherungsunternehmens zu stellenden Ansprüchen nicht genügen oder ihrer Meldepflicht nach Art. 59 nicht nachkommen.

Art. 61a¹²⁴*Internationale Zusammenarbeit bei der Beurteilung einer Beteiligung*

1) Die Aufsichtsbehörde arbeitet bei der Beurteilung einer Beteiligung im Sinne von Art. 38a des Versicherungsaufsichtsgesetzes mit den anderen zuständigen Behörden der EWR-Mitgliedstaaten zusammen.

2) Die Zusammenarbeit umfasst insbesondere den Austausch sämtlicher für die Beurteilung des Erwerbs oder der Erhöhung einer Beteiligung relevanten Informationen.

Art. 61b¹²⁵*Konsultation anderer Behörden*

Handelt es sich beim interessierten Erwerber um ein in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens zugelassenes Versicherungsunternehmen, eine zugelassene Bank oder Wertpapierfirma, um das Mutterunternehmen eines solchen Unternehmens oder eine natürliche oder juristische Person, die ein solches Unternehmen kontrolliert, und würde das Unternehmen, an dem sich der interessierte Erwerber beteiligen will, durch diesen Erwerb zu ihrem Tochterunternehmen oder ihrer Kontrolle unterstehen, so hat bei der Beurteilung des Erwerbs eine vorherige Konsultation im Sinne von Art. 23a des Versicherungsaufsichtsgesetzes zu erfolgen.

Art. 62¹²⁶*Beteiligung an versicherungsfremden Unternehmen*

1) Qualifizierte Beteiligungen von Versicherungsunternehmen an versicherungsfremden Unternehmen, einschliesslich Änderungen derselben, sind vorgängig zum Zeitpunkt des Erwerbs einer solchen Beteiligung der Aufsichtsbehörde zu melden.

2) Die Aufsichtsbehörde kann die Beteiligung untersagen sowie rückgängig machen lassen oder sie an Auflagen und Bedingungen knüpfen, wenn durch die Beteiligung das Versicherungsunternehmen als gefährdet erscheint.

Art. 63¹²⁷*Information betreffend finanzielle Solidität eines Unternehmens*

Hat die Aufsichtsbehörde Grund zur Annahme, dass durch die Tätigkeiten eines Versicherungsunternehmens mit Sitz in einem anderen Ver-

tragsstaat des EWR-Abkommens die finanzielle Solidität des Unternehmens beeinträchtigt werden könnte, so unterrichtet sie die zuständigen Behörden des Herkunftsstaates des Unternehmens.

B. Rechnungslegung, Berichterstattung und Revision¹²⁸

Art. 64¹²⁹

Rechnungslegung und Berichterstattung

1) Für die Erstellung des Geschäftsberichts und des konsolidierten Geschäftsberichts sowie die Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde gelten die Bestimmungen des Anhangs 4 und die Vorschriften des PGR sowie ergänzend die Richtlinien der Aufsichtsbehörde.

2) Jahresrechnung und konsolidierte Jahresrechnung sind in gedruckter Form zu veröffentlichen und jedermann, der es verlangt, zur Verfügung zu stellen. Eigenversicherungen (Captives) sind von der Pflicht zur Veröffentlichung befreit.

Art. 65

Meldung über Auslandsgeschäfte

1) Jedes inländische Versicherungsunternehmen muss zusammen mit dem Geschäftsbericht der Aufsichtsbehörde für im Rahmen des Niederlassungsverkehrs getätigte Geschäfte und getrennt davon für im Rahmen des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs getätigte Geschäfte die gebuchten Bruttoprämien pro Vertragsstaat des EWR-Abkommens und pro Versicherungszweig mitteilen.

2) In der Schadenversicherung sind zusätzlich die Schadenszahlungen und die Provisionen, ohne Abzug der Rückversicherung, pro Vertragsstaat des EWR-Abkommens und pro Versicherungszweig sowie in Bezug auf den Versicherungszweig der Haftpflicht für Landfahrzeuge mit eigenem Antrieb, unter Ausschluss der Haftung des Frachtführers, die Häufigkeit und die durchschnittlichen Schadenszahlungen mitzuteilen.¹³⁰

3) Die Aufsichtsbehörde teilt den zuständigen Behörden der Vertragsstaaten des EWR-Abkommens auf Antrag diese Angaben ihrerseits mit.

4) Die Angaben gemäss Abs. 1 und 2 sind auch für in Drittstaaten getätigte Geschäfte mitzuteilen.¹³¹

Art. 66¹³²*Rechnungslegung und Berichterstattung durch Drittland-Versicherungsunternehmen*

1) Drittland-Versicherungsunternehmen haben über die inländische Geschäftstätigkeit entsprechend Art. 64 gesondert Rechnung zu legen und Bericht zu erstatten. Der gesonderte Geschäftsbericht (Jahresrechnung und Jahresbericht) ist zu veröffentlichen.

2) Auf Verlangen sind jedem Versicherungsnehmer Jahresrechnung und Jahresbericht der Hauptniederlassung des Drittland-Versicherungsunternehmens in deutscher Sprache zuzustellen.

3) Der Aufsichtsbehörde sind alle im Sitzstaat des Drittland-Versicherungsunternehmens erstellten Abschlüsse und Berichte vorzulegen, namentlich Jahresrechnung, Jahresbericht, Bericht an die Aufsichtsbehörde des Sitzstaates, Stellungnahmen und Berichte der Revisionsstelle; diese Dokumente sind in der Originalsprache und in deutscher Sprache vorzulegen.

Art. 67¹³³*Externe Revision*

Die gesetzlich vorgeschriebene externe Revision kann auch durch die Revisionsstelle gemäss PGR erfolgen, sofern diese den in den folgenden Artikeln umschriebenen besonderen Anforderungen genügt.

Art. 68

Anerkennung von Revisionsstellen

1) Die Tätigkeit als Versicherungsrevisionsstelle setzt eine Bewilligung der Aufsichtsbehörde voraus; diese wird erteilt, wenn die in dieser Verordnung umschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind.¹³⁴

2) Die Aufsichtsbehörde entzieht der Revisionsstelle die Bewilligung, wenn die Voraussetzungen für die Ausübung der Revisionstätigkeit nicht mehr gegeben sind oder wenn die Revisionsstelle ihre Pflichten grob verletzt.¹³⁵

Art. 69

Voraussetzungen der Bewilligung

Eine Bewilligung wird nur Treuhand- und Revisionsgesellschaften erteilt, wenn

- a) sie Aktiengesellschaften mit einem einbezahlten Aktienkapital von mindestens 200 000 Franken sind,
- b) die Organisation ihres Betriebes die fachkundige, sachgemässe und dauernde Erfüllung der Revisionsaufgabe gewährleistet, und
- c) die leitenden Revisoren als Geschäftsleute einen guten Ruf und ausgewiesene Kenntnisse der Versicherungsrevision besitzen.

Art. 70

Unabhängigkeit

1) Die Revisionsstelle darf weder Verwaltungs- und Buchführungsaufträge des zu prüfenden Versicherungsunternehmens noch sonstige Aufgaben übernehmen, die mit dem Prüfungsauftrag unvereinbar sind.

2) Die Honorareinnahmen aus einem Revisionsmandat dürfen im Durchschnitt nicht mehr als 10 % der gesamten jährlichen Honorareinnahmen der Revisionsstelle ausmachen. Die Revisionsmandate bei einem Versicherungskonzern gelten als ein einziges Revisionsmandat.

Art. 71

Besondere Pflichten der Revisionsstelle

1) Die Revisionsstellen sind verpflichtet:

- a) der Aufsichtsbehörde jede Änderung der Gesellschaftsstatuten und Reglemente sowie jede personelle Änderung in der Zusammensetzung ihrer Organe und bei den der Aufsichtsbehörde gemeldeten leitenden Revisoren zu melden;¹³⁶
- b) die Leitung von Versicherungsrevisionen nur Revisoren anzuvertrauen, die der Aufsichtsbehörde gemeldet worden sind und die die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen;¹³⁷
- c) den Mandatsleiter und den leitenden Revisor der Aufsichtsbehörde vor Revisionsbeginn zu melden;
- d) der Aufsichtsbehörde jährlich ihren Geschäftsbericht einzureichen.

2) Die Aufsichtsbehörde kann über die Gründe des Ausscheidens von Mitgliedern der Geschäftsleitung und von den der Aufsichtsbehörde gemeldeten leitenden Revisoren Auskunft verlangen.¹³⁸

Art. 72

Revisionsbericht

1) Im Revisionsbericht ist klar darzustellen, ob die Vorschriften über die Geschäftstätigkeit von Versicherungsunternehmen eingehalten worden und ob die Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung dauernd und weiterhin erfüllt sind.

2) Die Revisionsstelle hat den Geschäftsbericht, die Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde und, wenn ein solcher erstellt worden ist, den konsolidierten Geschäftsbericht selbständig zu beurteilen, wobei ihr durch das Versicherungsunternehmen die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen sind. Berichte der internen Revision sind mitzubersichtigen.¹³⁹

3) Die Revisionsstelle muss erklären, ob der Geschäftsbericht und die Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde vorschriftsgemäss erstellt worden sind und ob sie von dem Versicherungsunternehmen alle notwendigen Auskünfte und Unterlagen erhalten hat. Dies gilt ebenso für den konsolidierten Geschäftsbericht, wenn ein solcher erstellt worden ist; wenn kein solcher erstellt worden ist, muss die Revisionsstelle erklären, ob ein konsolidierter Geschäftsbericht hätte erstellt werden müssen.¹⁴⁰

4) Der Revisionsbericht ist vom leitenden Revisor und von der Revisionsstelle zu unterzeichnen.

C. Zusätzliche Aufsicht über zu einer Unternehmensgruppe gehörenden Versicherungsunternehmen¹⁴¹

Art. 72a

Geltungsbereich; Vereinbarungen mit ausländischen Aufsichtsbehörden¹⁴²

1) Die Bestimmungen dieses Abschnittes gelten für Versicherungsunternehmen, die nach Art. 7 des Versicherungsaufsichtsgesetzes einer zusätzlichen Aufsicht unterliegen. Hängt dies davon ab, ob ein beherrschender Einfluss ausgeübt wird, entscheidet darüber die Aufsichtsbehörde.¹⁴³

2) Gehören mindestens zwei einer zusätzlichen Aufsicht unterliegende Versicherungsunternehmen zur gleichen Unternehmensgruppe und erfüllen

die in Art. 7 Abs. 2 Satz 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes umschriebenen Voraussetzungen, ist Art. 72c nur auf eines dieser Unternehmen anzuwenden, und zwar auf jenes, das in der Unternehmensgruppe auf der höheren oder höchsten Stufe steht; zwischen mehreren auf der gleichen Stufe stehenden Unternehmen entscheidet die Aufsichtsbehörde. Sie hat die Befreiung zu verweigern, wenn sie die anrechenbaren Eigenmittel als zwischen den betroffenen Unternehmen nicht angemessen aufgeteilt ansieht.¹⁴⁴

3) Ein Versicherungsunternehmen, welches einer zusätzlichen Aufsicht unterliegt, ist von der Anwendung des Art. 72c auch befreit, wenn es in eine Eigenmittelüberwachung im Sinne des Art. 72c in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens einbezogen wird und die Aufsichtsbehörde mit der zuständigen Aufsichtsbehörde dieses Staates vereinbart hat, dass diese die Überwachung der Eigenmittel der Gruppe durchführt. Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.¹⁴⁵

4) Vereinbarungen im Sinne des Abs. 3 können auch geschlossen werden, wenn ein Versicherungsunternehmen, welches einer zusätzlichen Aufsicht unterliegt, und ein anderes oder mehrere andere Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem anderen Vertragsstaat oder mehreren anderen Vertragsstaaten des EWR-Abkommens dieselbe Versicherungs-Holdinggesellschaft, dasselbe Rückversicherungsunternehmen, dasselbe Drittland-Versicherungsunternehmen oder dasselbe andere Unternehmen, das kein Versicherungsunternehmen mit Sitz in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens ist, als Mutterunternehmen oder als Unternehmen haben, das auf sie einen beherrschenden Einfluss ausübt. Ob ein beherrschender Einfluss ausgeübt wird, entscheiden die Aufsichtsbehörden.¹⁴⁶

5) Auch wenn keine Vereinbarung gemäss Abs. 4 geschlossen wird, stellen die Aufsichtsbehörden eine einheitliche Art der Überwachung der Eigenmittel der Gruppe sicher, wenn mehrere Versicherungsunternehmen mit Sitz in verschiedenen Vertragsstaaten des EWR-Abkommens dieselbe Versicherungs-Holdinggesellschaft, dasselbe Rückversicherungsunternehmen oder dasselbe Drittland-Versicherungsunternehmen als Mutterunternehmen oder als Unternehmen haben, das auf sie einen beherrschenden Einfluss ausübt. Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.¹⁴⁷

Art. 72b

*Aufsicht über gruppeninterne Geschäfte*¹⁴⁸

1) Gruppeninterne Geschäfte sind Geschäfte zwischen dem zusätzlich zu beaufsichtigenden Versicherungsunternehmen und

- a) jedem Unternehmen ungeachtet dessen Sitzstaates, an dem es eine Beteiligung oder direkt oder indirekt wenigstens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte hält, das sein Tochterunternehmen oder ein Tochterunternehmen eines seiner Tochterunternehmen ist oder auf das es oder eines seiner Tochterunternehmen einen beherrschenden Einfluss ausübt;
- b) jedem Unternehmen ungeachtet dessen Sitzstaates, das an ihm eine Beteiligung oder direkt oder indirekt wenigstens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte hält, sein Mutterunternehmen ist oder auf es einen beherrschenden Einfluss ausübt;
- c) jedem Unternehmen ungeachtet dessen Sitzstaates ausser dem zusätzlich zu beaufsichtigenden Versicherungsunternehmen selbst, zu dem ein in Bst. b umschriebenes Unternehmen eine der in Bst. a umschriebenen Beziehungen aufweist;
- d) jeder natürlichen Person, die an dem zusätzlich zu beaufsichtigenden Versicherungsunternehmen oder einem der in den Bst. a bis c umschriebenen Unternehmen eine Beteiligung oder direkt oder indirekt wenigstens 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte hält.¹⁴⁹

2) Ob ein beherrschender Einfluss im Sinne von Abs. 1 ausgeübt wird, entscheidet die Aufsichtsbehörde.¹⁵⁰

3) Das zusätzlich zu beaufsichtigende Versicherungsunternehmen hat in seinem Bericht an die Aufsichtsbehörde auch über die wichtigen Geschäfte gemäss Abs. 1 zu berichten, namentlich über Darlehen, Garantien und ausserbilanzmässige Geschäfte, Kapitalzeichnungen und -einzahlungen einschliesslich Partizipationskapital und nachrangige Verbindlichkeiten, Kapitalanlagen, Rückversicherungsgeschäfte und Kostenteilungsvereinbarungen.¹⁵¹

4) Bei der Überwachung und Beurteilung gruppeninterner Geschäfte sowie bei der Berichterstattung über diese haben Versicherungsunternehmen die gesetzlichen und behördlichen Anforderungen an das Risikomanagement und interne Kontrollverfahren zu beachten.¹⁵²

5) Die Berichterstattung an die Aufsichtsbehörde über wichtige Transaktionen nach Abs. 3 hat mindestens einmal jährlich zu erfolgen.¹⁵³

Art. 72c

Überwachung der Eigenmittel der Gruppe¹⁵⁴

1) Das zusätzlich zu beaufsichtigende Versicherungsunternehmen hat bei Vorliegen der in Art. 7 Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes

umschriebenen Voraussetzungen nach Massgabe des Art. 72a unbeschadet der Bestimmungen des Kapitels III. die Gruppensolvabilitätsspanne sowie die anrechenbaren Eigenmittel der Gruppe zu ermitteln und in seinen Bericht an die Aufsichtsbehörde aufzunehmen. Die Gruppe umfasst das zusätzlich zu beaufsichtigende Versicherungsunternehmen und den Kreis der in Art. 72b Abs. 1 Bst. a bis c umschriebenen Unternehmen, soweit es sich um Versicherungsunternehmen, Rückversicherungsunternehmen oder Versicherungs-Holdinggesellschaften handelt.¹⁵⁵

2) Soweit die in Abs. 1 Satz 2 genannten Unternehmen in eine konsolidierte Jahresrechnung einbezogen sind, sind die Gruppensolvabilitätsspanne und die anrechenbaren Eigenmittel der Gruppe auf der Grundlage dieser Jahresrechnung zu ermitteln. Im Übrigen sind zu berechnen:

- a) die Gruppensolvabilitätsspanne, indem die Solvabilitätsspanne des übergeordneten Unternehmens und der den Kapitalanteilen des übergeordneten Unternehmens an dem untergeordneten Unternehmen entsprechende Anteil an der Solvabilitätsspanne des untergeordneten Unternehmens addiert werden;
- b) die anrechenbaren Eigenmittel der Gruppe, indem die anrechenbaren Eigenmittel des übergeordneten Unternehmens und der den Kapitalanteilen des übergeordneten Unternehmens an dem untergeordneten Unternehmen entsprechende Anteil an den anrechenbaren Eigenmitteln des untergeordneten Unternehmens addiert und um den Buchwert der Kapitalanteile an dem untergeordneten Unternehmen bei dem übergeordneten Unternehmen vermindert werden.¹⁵⁶

2a) Werden die Kapitalanteile an dem untergeordneten Unternehmen nach Abs. 2 ganz oder teilweise indirekt gehalten, sind der diesen indirekt gehaltenen Kapitalanteilen entsprechende Anteil an der Solvabilitätsspanne des untergeordneten Unternehmens, der ihnen entsprechende Anteil an den anrechenbaren Eigenmitteln dieses Unternehmens und ihr unter Berücksichtigung der massgebenden nacheinander geschalteten Eigentumsrechte ermittelter Buchwert bei dem übergeordneten Unternehmen in die Berechnungen einzubeziehen.¹⁵⁷

3) Für die Ermittlung der Gruppensolvabilitätsspanne und der anrechenbaren Eigenmittel der Gruppe gelten die Bestimmungen des Kapitels III. nach Massgabe der folgenden Absätze entsprechend.¹⁵⁸

4) Drittland-Versicherungsunternehmen sind wie inländische Versicherungsunternehmen zu behandeln. Rückversicherungsunternehmen sind ungeachtet ihres Sitzstaates wie inländische Versicherungsunternehmen zu behandeln; ergeben sich bei der Anwendung der Art. 20 bis 26 grössere

Schwierigkeiten, kann die Aufsichtsbehörde die Berechnung der Solvabilitätsspanne für die Lebensversicherung entsprechend Art. 14 gestatten. Versicherungs-Holdinggesellschaften, die nicht Versicherungsunternehmen oder Rückversicherungsunternehmen sind, sind ungeachtet ihres Sitzstaates und ihrer Stellung als Ober- oder Zwischengesellschaft wie inländische Versicherungsunternehmen zu behandeln; ihre Solvabilitätsspanne ist mit Null anzusetzen.¹⁵⁹

5) Soweit sich dies nicht bereits aus der Anwendung des Abs. 2 und 2a ergibt, sind die anrechenbaren Eigenmittel der Gruppe um den Buchwert von Aktiven von Unternehmen der Gruppe zu kürzen, denen damit finanzierte anrechenbare Eigenmittel eines anderen Unternehmens der Gruppe gegenüberstehen. Nicht zu den anrechenbaren Eigenmitteln der Gruppe zählen anrechenbare Eigenmittel von Unternehmen der Gruppe, die aus einer Gegenfinanzierung mit einem anderen Unternehmen der Gruppe stammen; eine Gegenfinanzierung liegt namentlich dann vor, wenn ein Unternehmen Kapitalanteile an einem anderen Unternehmen hält oder einem anderen Unternehmen Darlehen gewährt, das seinerseits an dem erstgenannten Unternehmen direkt oder indirekt Kapitalanteile einschliesslich Partizipationskapital und nachrangige Verbindlichkeiten hält. Ausser Betracht zu bleiben haben gezeichnete, noch nicht eingezahlte Kapitalanteile von Unternehmen der Gruppe, die eine potentielle Verbindlichkeit für ein anderes Unternehmen der Gruppe darstellen.¹⁶⁰

6) Unbeschadet des Abs. 5 sind bei einem untergeordneten Unternehmen nach Art. 12 Abs. 5 Bst. b oder Art. 19 Abs. 2 Bst. d und e sowie Abs. 5 Bst. b und d anrechenbare Eigenmittel für die Gruppe nur insoweit anrechenbar, als sie jeweils in ihrer Gesamtheit die Solvabilitätsspanne des untergeordneten Unternehmens nicht überschreiten. Die Aufsichtsbehörde kann in diese Beschränkung weitere bei dem untergeordneten Unternehmen anrechenbare Eigenmittel einbeziehen, wenn sie diese als zur Bedeckung der Solvabilitätsspanne eines übergeordneten Unternehmens nicht geeignet ansieht.¹⁶¹

7) Stehen der Aufsichtsbehörde die erforderlichen Informationen über ein untergeordnetes Unternehmen, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur Verfügung, sind die anrechenbaren Eigenmittel der Gruppe um den Buchwert der Kapitalanteile an diesem Unternehmen bei dem übergeordneten Unternehmen zu vermindern. In diesem Fall dürfen bei diesen Kapitalanteilen bestehende stille Reserven nicht als anrechenbare Eigenmittel berücksichtigt werden.¹⁶²

8) Bei der Gegenüberstellung der Gruppensolvabilitätsspanne und der anrechenbaren Eigenmittel der Gruppe sind Eigenmittelunterdeckungen untergeordneter Unternehmen abweichend von Abs. 2 stets in voller Höhe zu berücksichtigen, wenn nicht die Aufsichtsbehörde eine bloss anteilige Berücksichtigung gestattet, weil die Haftung des übergeordneten Unternehmens auf seinen Kapitalanteil beschränkt ist.¹⁶³

Art. 72d¹⁶⁴

Bereinigte Solvabilität

1) Unbeschadet der Vorschriften nach Art. 72c ist in den Fällen von Art. 7 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes eine bereinigte Solvabilität gemäss Anhang 5 zu berechnen.

2) In die Berechnungen nach Abs. 1 werden die verbundenen Unternehmen, Beteiligungsunternehmen und verbundenen Unternehmen eines Beteiligungsunternehmens einbezogen.

3) Ergibt sich aus der Berechnung nach Abs. 1, dass die bereinigte Solvabilität negativ ist, so ergreift die Aufsichtsbehörde geeignete Massnahmen auf der Ebene des betreffenden Direkt- oder Rückversicherungsunternehmens.

Art. 72e¹⁶⁵

Zusätzliche Aufsichtsmethode bei Versicherungs-Holdinggesellschaften und Drittstaat-Versicherungsunternehmen

1) Jedes Direkt- oder Rückversicherungsunternehmen, dessen Mutterunternehmen eine Versicherungs-Holdinggesellschaft oder ein Drittstaat-Versicherungsunternehmen ist, unterliegt der zusätzlichen Aufsichtsmethode gemäss Anhang 6.

2) Für die in Abs. 1 genannten Fälle umfasst die Berechnung alle verbundenen Unternehmen der Versicherungs-Holdinggesellschaft oder des Drittstaat-Versicherungsunternehmens nach der Aufsichtsmethode gemäss Anhang 6.

3) Wenn die Aufsichtsbehörde oder andere zuständige Behörden auf der Grundlage der Berechnung nach Abs. 2 zur Auffassung gelangen, dass die Solvabilität eines Versicherungsunternehmens, das ein Tochterunternehmen der Versicherungs-Holdinggesellschaft oder des Drittstaat-Versicherungsunternehmens ist, unzureichend ist oder droht, unzureichend zu werden, so

ergreift die Aufsichtsbehörde geeignete Massnahmen auf der Ebene dieses Versicherungsunternehmens.

Art. 72f¹⁶⁶

Gemeinsame Vorschriften

1) Die Aufsichtsbehörde kann ein Unternehmen, welches dem Kreis der in Art. 72b Abs. 1 Bst. a bis c umschriebenen Unternehmen angehört, vom Einbezug in die zusätzliche Aufsicht ausnehmen, wenn der Einbezug für die Ziele der zusätzlichen Aufsicht nur von untergeordneter Bedeutung ist oder dafür ungeeignet oder irreführend wäre.

2) Wenn ein zusätzlich zu beaufsichtigendes Versicherungsunternehmen seinen Berichtspflichten gemäss Art. 72b Abs. 3 und Art. 72c Abs. 1 Satz 1 trotz Mahnung nicht oder nicht vollständig nachkommt, darf sich die Aufsichtsbehörde zur Erlangung dieser Informationen direkt an die betroffenen anderen Unternehmen wenden. Örtliche Prüfungen dieser Informationen bei diesen Unternehmen darf sie nur im Inland oder mit Zustimmung der zuständigen ausländischen Aufsichtsbehörde durchführen; dabei darf sie sich eines Wirtschaftsprüfers oder eines anderen Sachverständigen bedienen.

3) Hat mindestens ein dem Kreis der in Art. 72b Abs. 1 Bst. a bis c umschriebenen Unternehmen angehörendes Versicherungsunternehmen seinen Sitz in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens, hat die Aufsichtsbehörde der jeweils zuständigen ausländischen Aufsichtsbehörde unaufgefordert diejenigen die zusätzliche Aufsicht betreffenden Informationen mitzuteilen, die ihr für diese Aufsichtsbehörde wesentlich erscheinen. Ersuchen von Aufsichtsbehörden anderer Vertragsstaaten des EWR-Abkommens um Übermittlung von Informationen, die die zusätzliche Aufsicht ermöglichen oder erleichtern, hat die Aufsichtsbehörde zu entsprechen. Dies gilt auch für Ersuchen dieser Behörden betreffend die Prüfung wichtiger solcher Informationen. Die Aufsichtsbehörde kann diese Prüfungen selbst vornehmen oder gestatten, dass sie von der ersuchenden Behörde oder einem Wirtschaftsprüfer oder einem anderen Sachverständigen durchgeführt werden. Darüber hinaus kann die ersuchende Behörde auf Verlangen bei der Nachprüfung teilnehmen, wenn sie diese nicht selbst vornimmt. Wird die Nachprüfung im Inland durch eine andere zuständige Behörde vorgenommen, kann die Aufsichtsbehörde daran teilnehmen.

4) Gehört dem Kreis der in Art. 72b Abs. 1 Bst. a bis c umschriebenen Unternehmen mindestens ein Finanzdienstleistungsunternehmen mit Sitz

in einem der Vertragsstaaten des EWR-Abkommens an, das kein Versicherungsunternehmen ist, hat die Aufsichtsbehörde mit den für diese Unternehmen zuständigen Aufsichtsbehörden eng zusammenzuarbeiten und ihnen alle Informationen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind, ihnen die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erleichtern.

5) Ergibt sich aus den Informationen im Sinne der Art. 72b Abs. 3 und Art. 72c Abs. 1 Satz 1, dass die Eigenmittel des zusätzlich zu beaufsichtigenden Versicherungsunternehmens unzureichend sind oder drohen, unzureichend zu werden, hat die Aufsichtsbehörde geeignete Massnahmen gegenüber diesem Versicherungsunternehmen zu ergreifen. Dies gilt namentlich, wenn die gemäss Art. 72c ermittelten anrechenbaren Eigenmittel dieses Versicherungsunternehmens und der ihm untergeordneten Unternehmen die gemäss Art. 72c ermittelte Solvabilitätsspanne dieses Versicherungsunternehmens und der ihm untergeordneten Unternehmen unterschreiten.

VII. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 73

Anrechnung von Kauttionen

Bereits geleistete Kauttionen werden auf eine nach Art. 54 zu hinterlegende Kauttion angerechnet.

Art. 74

Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 15. September 1970 über die von den Versicherungsunternehmen zu leistenden Kauttionen, LGBI. 1970 Nr. 27, wird aufgehoben.

Art. 75

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Dr. Mario Frick*
Fürstlicher Regierungschef

Anhang 1

Deckung zusätzlicher Risiken in der Schadenversicherung (Art. 11 Abs. 4)

1. Ein Unternehmen, das für ein zu einem Versicherungszweig oder einer Gruppe von Zweigen gehörendes Hauptrisiko zugelassen wird, kann auch die zu einem anderen Zweig gehörenden Risiken decken, ohne dass eine Bewilligung für diese Risiken erforderlich ist, sofern diese
 - a) im Zusammenhang mit dem Hauptrisiko stehen,
 - b) den Gegenstand betreffen, der gegen das Hauptrisiko versichert ist, und
 - c) durch den gleichen Vertrag gedeckt werden, der das Hauptrisiko deckt.
2. Die den Versicherungszweigen 14, 15 und 17 zugerechneten Risiken können jedoch nicht als zusätzliche Risiken anderer Zweige behandelt werden.
3. Jedoch kann das dem Versicherungszweig 17 (Rechtsschutzversicherung) zugerechnete Risiko als zusätzliches Risiko des Zweiges 18 angesehen werden, wenn die Bedingungen der Ziff. 1 erfüllt sind und das Hauptrisiko nur den Beistand betrifft, der Personen gewährt wird, die auf Reisen oder während der Abwesenheit von ihrem Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort in Schwierigkeiten geraten.
4. Die Rechtsschutzversicherung kann auch als zusätzliches Risiko unter den Bedingungen der Ziff. 1 angesehen werden, wenn sie sich auf Streitigkeiten oder Ansprüche bezieht, die aus dem Einsatz von Schiffen auf See entstehen oder mit diesem Einsatz verbunden sind.
5. Ausser in den in den Ziff. 1 bis 4 genannten Fällen darf ein zu einem bestimmten Versicherungszweig gehörendes Risiko nicht von einem anderen Versicherungszweig übernommen werden.

Anhang 2

Kongruente Vermögenswerte in der Schadenversicherung und in der Lebensversicherung

(Art. 30 Abs. 1 und Art. 40 Abs. 1)

1. Die Währung, in der die Verpflichtungen eines Versicherungsunternehmens ausgedrückt werden, bestimmt sich nach folgenden Regeln:
 - a) Ist die Deckung eines Vertrages in einer bestimmten Währung ausgedrückt, so gelten die Verpflichtungen des Versicherungsunternehmens als in dieser Währung ausgedrückt.
 - b) Ist die Deckung eines Vertrages in keinerlei Währung ausgedrückt, so gelten die Verpflichtungen des Versicherungsunternehmens als in der Währung des Landes erfüllbar, in dem das Risiko belegen ist. Jedoch kann das Versicherungsunternehmen in Fällen, die eine solche Wahl rechtfertigen, die Währung wählen, in der die Premie ausgedrückt ist. Dies kann der Fall sein, wenn es bereits bei Vertragsschluss wahrscheinlich ist, dass ein Schaden nicht in der Währung des Landes, in dem das Risiko belegen ist, sondern in der Währung, in der die Premie ausgedrückt ist, geregelt wird.
 - c) Die Währung, die ein Versicherungsunternehmen nach seinen Erfahrungen als die wahrscheinlichste für die Erfüllung betrachtet, oder mangels solcher Erfahrungen die Währung des Landes, in dem es sich niedergelassen hat, kann, sofern nicht besondere Umstände dagegen sprechen, bei folgenden Risiken zugrunde gelegt werden:
 - aa) bei Verträgen zur Deckung von unter den Versicherungszweigen 4, 5, 6, 7, 11, 12 und 13 (nur Hersteller-Haftpflicht) eingestuften Risiken;
 - bb) bei Verträgen zur Deckung von unter anderen Versicherungszweigen eingestuften Risiken, bei denen entsprechend der Art der Risiken die Deckung in einer anderen Währung als derjenigen erfolgen muss, die sich aus der Anwendung der vorgenannten Verfahren ergeben würde.
 - d) Wird einem Versicherungsunternehmen ein Schaden gemeldet und ist dieser in einer bestimmten anderen als der sich aus der Anwendung der obigen Regeln ergebenden Währung zu regeln, so gelten die Ver-

pflichtungen des Versicherungsunternehmens als in dieser Währung ausgedrückt, insbesondere in der Währung, in welcher der von dem Versicherungsunternehmen zu zahlende Schadenersatz aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung oder einer Vereinbarung zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherungsnehmer bestimmt worden ist.

- e) Wird ein Schaden in einer dem Versicherungsunternehmen vorher bekannten Währung festgestellt, die jedoch nicht die sich aus der Anwendung der vorstehenden Regeln ergebende Währung ist, so können die Versicherungsunternehmen ihre Verpflichtungen als in dieser Währung ausgedrückt betrachten.
2. Versicherungstechnische Rückstellungen brauchen nicht in Vermögenswerten angelegt zu werden, die auf die gleiche Währung lauten, in der die Verpflichtungen bestehen, wenn
 - a) es sich nicht um eine Währung eines Vertragsstaats des EWR-Abkommens handelt und sich die betreffende Währung nicht zur Anlage eignet, insbesondere weil sie Transferbeschrankungen unterliegt, oder
 - b) bei Anwendung der nach Ziff. 1 geltenden Regeln in einer bestimmten Währung Vermögenswerte gehalten werden müssten, die nicht mehr als 7 % der in anderen Währungen vorhandenen Vermögenswerte ausmachen. Der sich hieraus ergebende Betrag darf jedoch die nachstehenden Summen nicht überschreiten:
 - bei griechischen Drachmen, irischen Pfund und portugiesischen Escudos bis zum 31. Dezember 1998 zwei Millionen ECU;
 - bei belgischen Franken, luxemburgischen Franken oder spanischen Peseten bis zum 31. Dezember 1996 zwei Millionen ECU.
 3. Die Versicherungsunternehmen dürfen nichtkongruente Vermögenswerte zur Deckung eines Betrages von höchstens 20 % ihrer Verpflichtungen in einer bestimmten Währung halten.

Anhang 2a¹⁶⁷

Berechnung der allgemeinen Schwankungsrückstellung für Rückversicherungsunternehmen und Captives (Art. 47e)

Für die Berechnung der Schwankungsrückstellung für Rückversicherungsunternehmen und Captives gelten folgende Grundsätze:

1. Die Schwankungsrückstellung darf einen Höchst-Sollbetrag nicht überschreiten und einen Mindest-Sollbetrag nicht unterschreiten.
2. Der Höchst-Sollbetrag setzt sich zusammen aus der Summe der einzelnen Sollbeträge, die in Übereinstimmung mit Ziff. 3 bis 5 für jedes Einzelrisiko oder jede Gruppe von Risiken berechnet werden.
3. Der Höchst-Sollbetrag darf nicht höher sein als die Summe der in den letzten fünf Geschäftsjahren gebuchten Prämien für eigene Rechnung, multipliziert mit dem Faktor 17.5.
4. Der Mindest-Sollbetrag beträgt 30 % des Höchst-Sollbetrages. Wird er nicht durch einen etwaigen versicherungstechnischen Überschuss erzielt, so ist der Mindest-Sollbetrag nach Anordnung der Aufsichtsbehörde unter Berücksichtigung anderer Mittel des Unternehmens zu berechnen.
5. Die Aufsichtsbehörde legt die Verfahren fest, die bei der Berechnung der Sollbeträge zu beachten sind.

Anhang 3¹⁶⁸

Methoden zur Berechnung der Schwankungsrückstellung in der Kreditversicherung (Art. 38 Abs. 2 und Art. 47f Abs. 2)

Methoden Nr. 1

Der Schwankungsrückstellung werden in jedem Geschäftsjahr 75 % eines etwaigen versicherungstechnischen Überschusses aus dem Kreditversicherungsgeschäft zugeführt, jedoch nicht mehr als 12 % der gebuchten Prämien für eigene Rechnung, bis die Schwankungsrückstellung 150 % der höchsten in den letzten fünf Geschäftsjahren erzielten gebuchten Prämien für eigene Rechnung ausmacht.

Methoden Nr. 2

1. Die Schwankungsrückstellung soll 134 % der in den vorangegangenen fünf Geschäftsjahren durchschnittlich erzielten gebuchten Prämien für eigene Rechnung betragen.
2. Der Rückstellung werden in jedem Geschäftsjahr 75 % eines etwaigen versicherungstechnischen Überschusses aus dem Kreditversicherungsgeschäft zugeführt, bis die Rückstellung den gemäss Ziff. 1 berechneten Mindestbetrag erreicht oder übersteigt.

Methoden Nr. 3

Die Schwankungsrückstellung ist wie folgt zu berechnen:

1. Alle Berechnungen beziehen sich auf die Erträge und Aufwendungen für eigene Rechnung.
2. Der Schwankungsrückstellung ist in jedem Geschäftsjahr der Unterschadensbetrag zuzuführen, bis die Schwankungsrückstellung den Sollbetrag erreicht oder wieder erreicht. Ein Unterschaden liegt vor, wenn die Schadenquote des Geschäftsjahres die durchschnittliche Schadenquote des Beobachtungszeitraums unterschreitet. Der Betrag des Unterschadens ergibt sich aus der Differenz dieser beiden Quoten, multipliziert mit den verdienten Prämien des Geschäftsjahres.

3. Der Sollbetrag beträgt das Sechsfache der Standardabweichung der Schadenquoten im Beobachtungszeitraum von der durchschnittlichen Schadenquote, multipliziert mit den verdienten Prämien des Geschäftsjahres.
4. Ist in einem Geschäftsjahr ein Überschaden eingetreten, so ist der Betrag der Schwankungsrückstellung zu entnehmen. Ein Überschaden liegt vor, wenn die Schadenquote des Geschäftsjahres die durchschnittliche Schadenquote des Beobachtungszeitraums übersteigt. Der Betrag des Überschadens ergibt sich aus der Differenz dieser beiden Quoten, multipliziert mit den verdienten Prämien des Geschäftsjahres.
5. Unabhängig vom Schadenverlauf sind der Schwankungsrückstellung in jedem Geschäftsjahr zunächst 3.5 % ihres jeweiligen Sollbetrages zuzuführen, bis dieser erreicht oder wieder erreicht ist.
6. Die Länge des Beobachtungszeitraums soll mindestens 15 und höchstens 30 Jahre betragen. Eine Schwankungsrückstellung braucht nach Benachrichtigung der Aufsichtsbehörde nicht gebildet zu werden, wenn im Beobachtungszeitraum kein versicherungstechnischer Verlust aufgetreten ist.
7. Der Sollbetrag der Schwankungsrückstellung und die Entnahme können ermässigt werden, wenn die durchschnittliche Schadenquote im Beobachtungszeitraum zusammen mit der Kostenquote einen Sicherheitszuschlag in den Prämien erkennen lässt.

Methode Nr. 4

Die Schwankungsrückstellung ist wie folgt zu berechnen:

1. Alle Berechnungen beziehen sich auf die Erträge und Aufwendungen für eigene Rechnung.
2. Der Schwankungsrückstellung ist in jedem Geschäftsjahr der Unterschadensbetrag zuzuführen, bis die Schwankungsrückstellung den Höchst-Sollbetrag erreicht oder wieder erreicht. Ein Unterschaden liegt vor, wenn die Schadenquote des Geschäftsjahres die durchschnittliche Schadenquote des Beobachtungszeitraums unterschreitet. Der Betrag des Unterschadens ergibt sich aus der Differenz dieser beiden Quoten, multipliziert mit den verdienten Prämien des Geschäftsjahres.
3. Der Höchst-Sollbetrag beträgt das Sechsfache der Standardabweichung der Schadenquoten im Beobachtungszeitraum von der durchschnittlichen Schadenquote, multipliziert mit den verdienten Prämien des Geschäftsjahres.
4. Ist in einem Geschäftsjahr ein Überschaden eingetreten, so ist der Betrag der Schwankungsrückstellung zu entnehmen, bis die Schwankungsrück-

stellung den Mindest-Sollbetrag erreicht. Ein Überschaden liegt vor, wenn die Schadenquote des Geschäftsjahres die durchschnittliche Schadenquote des Beobachtungszeitraums übersteigt. Der Betrag des Überschadens ergibt sich aus der Differenz dieser beiden Quoten, multipliziert mit den verdienten Prämien des Geschäftsjahres.

5. Der Mindest-Sollbetrag beträgt das Dreifache der Standardabweichung der Schadenquoten im Beobachtungszeitraum von der durchschnittlichen Schadenquote, multipliziert mit den verdienten Prämien des Geschäftsjahres.
6. Die Länge des Beobachtungszeitraums soll mindestens 15 und höchstens 30 Jahre betragen. Eine Schwankungsrückstellung braucht nach Benachrichtigung der Aufsichtsbehörde nicht gebildet zu werden, wenn im Beobachtungszeitraum kein versicherungstechnischer Verlust aufgetreten ist.
7. Beide Sollbeträge der Schwankungsrückstellung sowie die Zuführung und die Entnahme können ermässigt werden, wenn die durchschnittliche Schadenquote im Beobachtungszeitraum zusammen mit der Kostenquote einen Sicherheitszuschlag in den Prämien erkennen lässt und dieser Sicherheitszuschlag grösser ist als das Anderthalbfache der Standardabweichung der Schadenquoten im Beobachtungszeitraum. Dann werden die genannten Beträge mit dem Quotienten aus dem Anderthalbfachen der Standardabweichung und dem Sicherheitszuschlag multipliziert.

Anhang 4¹⁶⁹

Rechnungslegung

(Art. 13, 29, 37, 39, 47, 47a und 64)

1. *Verhältnis von äusserer Form und wirtschaftlichem Gehalt bei Rückversicherungsverträgen*
 - a) Rückversicherungsverträge dürfen in keinem Fall wie Mitversicherungsverträge behandelt werden.
 - b) In Rechnung gestellte Prämien- und Schadenportefeuilles sind insoweit, als keine tatsächlichen Portefeuilleveränderungen stattfinden, nicht zu berücksichtigen; Rückversicherungsverträge sind insoweit als durchgehend bestehende Verträge zu behandeln.
2. *Gliederung der Bilanz*

Die Bilanz ist in Kontoform aufzustellen. Dabei sind die folgenden Posten auszuweisen:

Aktiven

A. Immaterielle Anlagewerte

I. Aufwendungen für die Errichtung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes

II. Geschäfts- oder Firmenwert

III. Aufwendungen für den Erwerb von Versicherungsbeständen

IV. Sonstige immaterielle Anlagewerte

B. Kapitalanlagen

I. Grundstücke und Bauten

II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen

2. Schuldverschreibungen von verbundenen Unternehmen und Darlehen an verbundene Unternehmen

3. Beteiligungen

4. Schuldverschreibungen von und Darlehen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
- III. Sonstige Kapitalanlagen
1. Aktien, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Anteile an Anlagefonds
 2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere
 3. Anteile an gemeinschaftlichen Kapitalanlagen
 4. Hypothekenforderungen
 5. Sonstige Ausleihungen
 6. Einlagen bei Banken
 7. Andere Kapitalanlagen
- IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft
- C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice
- D. Andere Forderungen
- I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft
 1. gegen Versicherungsnehmer
 - a) gegen verbundene Unternehmen
 - b) gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 - c) gegen andere Versicherungsnehmer
 2. gegen Versicherungsvermittler
 - a) gegen verbundene Unternehmen
 - b) gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 - c) gegen andere Versicherungsvermittler
 - II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
 1. gegen verbundene Unternehmen
 2. gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 3. gegen andere Schuldner

- III. Sonstige Forderungen
 - 1. gegen verbundene Unternehmen
 - 2. gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
 - 3. gegen andere Schuldner
- IV. Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist
- E. Sonstige Vermögensgegenstände
 - I. Sachanlagen (ausser Grundstücken und Bauten) und Vorräte
 - II. Laufende Guthaben bei Banken, Postscheckguthaben, Schecks und Kassenbestand
 - III. Eigene Aktien oder Anteile - unter Angabe ihres Nennwertes oder ihres rechnerischen Wertes (bei Quotenaktien)
 - IV. Andere Vermögensgegenstände
- F. Rechnungsabgrenzungsposten
 - I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten
 - II. Abgegrenzte Disagiobeträge
 - III. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Passiven

- A. Eigenkapital
 - I. Eingefordertes Kapital
 - 1. Gezeichnetes Kapital
 - 2. Davon ab: Nicht eingefordertes Kapital
 - 3. Eingefordertes Kapital, davon eingezahlt
 - II. Organisationsfonds
 - III. Kapitalreserven
 - IV. Gewinnreserven
 - 1. Gesetzliche Reserve
 - 2. Reserve für eigene Aktien oder Anteile
 - 3. Statutarische Reserven

- 4. Schwankungsreserven
- 5. Sonstige Reserven
- V. Gewinnvortrag/Verlustvortrag
- VI. Jahresgewinn/Jahresverlust
- B. Nachrangige Verbindlichkeiten
- C. Fonds für spätere Zuweisungen
- D. Versicherungstechnische Rückstellungen
 - I. Prämienüberträge
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. Davon ab: Anteil der Rückversicherer
 - II. Deckungsrückstellung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. Davon ab: Anteil der Rückversicherer
 - III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. Davon ab: Anteil der Rückversicherer
 - IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. Davon ab: Anteil der Rückversicherer
 - V. Schwankungsrückstellung
 - VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. Davon ab: Anteil der Rückversicherer
- E. Versicherungstechnische Rückstellungen für Lebensversicherungsverträge, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird
 - 1. Bruttobetrag
 - 2. Davon ab: Anteil der Rückversicherer
- F. Andere Rückstellungen
 - I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
 - II. Steuerrückstellungen

III. Sonstige Rückstellungen

G. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft

H. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

1. gegenüber verbundenen Unternehmen
2. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
3. gegenüber anderen Gläubigern

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

1. gegenüber verbundenen Unternehmen
2. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
3. gegenüber anderen Gläubigern

III. Anleihensverbindlichkeiten

1. gegenüber verbundenen Unternehmen, davon konvertibel
2. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, davon konvertibel
3. gegenüber anderen Gläubigern, davon konvertibel

IV. Verbindlichkeiten gegenüber Banken

1. gegenüber verbundenen Unternehmen
2. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht
3. gegenüber anderen Gläubigern

V. Sonstige Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Steuern
2. Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit
3. Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen
4. Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

5. Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gläubigern

I. Rechnungsabgrenzungsposten

3. *Ausweisvorschriften für Kapitalanlagen*

- a) Im Posten "Grundstücke und Bauten" sind Grundstücke, Rechte an Grundstücken, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschliesslich der Bauten auf fremden Grundstücken, der in Bau befindlichen Bauten und der geleisteten Anzahlungen für Grundstücke, Rechte an Grundstücken, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auszuweisen.
- b) Im Posten "Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere" dürfen nur marktgängige Wertpapiere ausgewiesen werden.
- c) Als festverzinslich gelten auch Wertpapiere, die mit einem veränderlichen Zinssatz ausgestattet sind, sofern dieser an eine bestimmte Grösse, etwa an einen Interbankzinssatz oder an einen Eurogeldmarktsatz, gebunden ist.
- d) Im Posten "Anteile an gemeinschaftlichen Kapitalanlagen" sind die auf das bilanzierende Unternehmen entfallenden Anteile an Kapitalanlagen auszuweisen, die von mehreren Unternehmen gemeinsam gehalten und von einem dieser Unternehmen verwaltet werden.
- e) Hypotheken sind im Posten "Hypothekenforderungen" auch auszuweisen, wenn sie zusätzlich durch einen Versicherungsvertrag gesichert sind.
- f) Darlehen an Versicherungsnehmer, bei denen der Versicherungsvertrag die Hauptsicherheit darstellt, sind im Posten "Sonstige Ausleihungen" auszuweisen.
- g) Im Posten "Einlagen bei Banken" sind nur Beträge auszuweisen, über die erst nach Ablauf einer Kündigungsfrist verfügt werden kann. Einlagen, über die trotz Verzinsung jederzeit verfügt werden kann, sind im Posten "Laufende Guthaben bei Banken, Postscheckguthaben, Schecks und Kassenbestand" auszuweisen.
- h) Hinterlegt ein Rückversicherer Wertpapiere, die in seinem Eigentum verbleiben, bei einem Vorversicherer oder Dritten, hat er diese unter dem jeweils in Frage kommenden Kapitalanlageposten auszuweisen.

4. *Depotforderungen*

- a) Depotforderungen sind in Höhe der bei Vorversicherern oder Dritten gestellten oder von Vorversicherern einbehaltenen Sicherheiten auszuweisen. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung sind Abschreibungen vorzunehmen, um die Depotforderungen mit dem

niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Bilanzstichtag beizumessen ist.

- b) Depotforderungen dürfen nicht mit anderen Forderungen zusammengefasst und nicht mit Verbindlichkeiten gegenüber Vorversicherern verrechnet werden.

5. *Spezielle Bewertungsvorschriften für bestimmte Kapitalanlagen*

- a) Für die Bewertung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die nicht zu den Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice gehören, gelten folgende Vorschriften: Übersteigen die Anschaffungskosten den Rückzahlungsbetrag, muss der Unterschiedsbetrag abgeschrieben werden. Es ist jedoch zulässig, diese Abschreibung zeitanteilig über die gesamte Restlaufzeit zu verteilen; in diesem Fall ist der Unterschiedsbetrag in der Bilanz oder im Anhang gesondert auszuweisen. Unterschreiten die Anschaffungskosten den Rückzahlungsbetrag, ist es zulässig, den Unterschiedsbetrag zeitanteilig über die gesamte Restlaufzeit verteilt zuzuschreiben; in diesem Fall ist der Unterschiedsbetrag in der Bilanz oder im Anhang gesondert auszuweisen. Werden solche Wertpapiere vor dem Ende der Laufzeit veräußert und werden mit dem Erlös andere solche Wertpapiere erworben, darf der Unterschiedsbetrag gegenüber dem Buchwert über die restliche Laufzeit der veräußerten Wertpapiere gleichmässig verteilt werden. Von diesen Vorschriften unberührt bleibt die Verpflichtung, bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung Abschreibungen vorzunehmen, um solche Wertpapiere mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihnen am Bilanzstichtag beizumessen ist.
- b) Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice sind zum Zeitwert nach Ziff. 6 bzw. 7 anzusetzen.

6. *Zeitwert bei Grundstücken und Bauten*

- a) Bei Grundstücken und Bauten ist als Zeitwert der zum Bilanzstichtag geltende Marktwert nach den Bst. b und c, gegebenenfalls vermindert nach den Bst. d und e, anzusetzen.
- b) Als Marktwert gilt der Preis, der zum Bewertungsstichtag aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages über Grundstücke oder Bauten zwischen einem verkaufswilligen Verkäufer und einem ihm nicht durch persönliche Beziehungen verbundenen Käufer unter den Voraussetzungen zu erzielen ist, dass das Objekt offen auf dem Markt

angeboten worden ist, dass die Marktverhältnisse einer ordnungsgemässen Veräusserung nicht im Wege stehen und dass eine der Bedeutung des Objektes angemessene Verhandlungszeit zur Verfügung steht.

- c) Der Marktwert ist im Wege von Schätzungen festzustellen, die mindestens alle fünf Jahre für jedes einzelne Grundstück oder Gebäude nach einer allgemein anerkannten oder einer von der Versicherungsaufsichtsbehörde zugelassenen Methode vorzunehmen sind. Vorbehaltlich der Bst. d und e ist der ermittelte Schätzwert bis zur nächsten Marktwertfeststellung beizubehalten.
- d) Hat sich seit der letzten Schätzung nach den Bst. b und c der Wert eines Grundstückes oder Gebäudes vermindert, so ist eine entsprechende Abschreibung vorzunehmen. Wenn nicht eine weitere Wertverminderung eine weitere Abschreibung erfordert, ist der berichtigte Wert vorbehaltlich des Bst. e bis zur nächsten Marktwertfeststellung nach den Bst. b und c beizubehalten.
- e) Sind Grundstücke oder Gebäude bis zum Zeitpunkt der Aufstellung der Jahresrechnung bzw. der konsolidierten Jahresrechnung veräussert worden oder sollen sie in nächster Zeit veräussert werden, ist der nach den Bst. b bis d festgesetzte Wert um die angefallenen oder geschätzten Realisierungsaufwendungen herabzusetzen.
- f) Ist die Bestimmung des Marktwertes eines Grundstückes oder Gebäudes nicht möglich, ist von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auszugehen.

7. Zeitwert bei anderen Kapitalanlagen

- a) Bei Kapitalanlagen mit Ausnahme der Grundstücke und Bauten ist als Zeitwert vorbehaltlich der Bst. b bis d der unter Beachtung des Grundsatzes der Vorsicht ermittelte voraussichtlich realisierbare Wert anzusetzen. Dies gilt nicht für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, auf die die Equity-Methode Anwendung findet.
- b) Für an einer zugelassenen Börse kotierte Kapitalanlagen gilt als Zeitwert der Börsenwert am Bilanzstichtag oder, wenn der Bilanzstichtag kein Börsentag ist, der Börsenwert am letzten diesem Tag vorausgehenden Börsentag.
- c) Besteht für andere als die in Bst. b genannten Kapitalanlagen ein Markt, gilt als Zeitwert der Durchschnittswert, zu dem derartige Kapitalanlagen am Bilanzstichtag oder, wenn der Bilanzstichtag kein

Markttag ist, am letzten diesem Tag vorausgehenden Markttag gehandelt wurden.

- d) Sind in den Bst. b oder c genannte Kapitalanlagen bis zum Zeitpunkt der Aufstellung der Jahresrechnung bzw. der konsolidierten Jahresrechnung veräußert worden oder sollen sie in nächster Zeit veräußert werden, ist der Wert nach den Bst. b oder c um die angefallenen oder geschätzten Realisierungsaufwendungen herabzusetzen.

8. Rechnungsabgrenzung

- a) Im Posten "Abgegrenzte Zinsen und Mieten" sind die Zins- und Mieterträge zu erfassen, die auf die Zeit bis zum Bilanzstichtag entfallen, aber erst nach diesem Tag fällig werden.
- b) In der Schadenversicherung ist die Abgrenzung von Aufwendungen für den Abschluss von Versicherungsverträgen nur in Form der Kürzung der Prämienüberträge zulässig.
- c) In der Lebensversicherung ist die Abgrenzung von Aufwendungen für den Abschluss von Versicherungsverträgen nur in Form der Zillmerung der Deckungsrückstellung zulässig.

9. Ausweisvorschriften für Mischposten zwischen Eigen- und Fremdkapital

- a) Im Posten "Nachrangige Verbindlichkeiten" sind verbrieft oder unverbrieft Verbindlichkeiten auszuweisen, die aufgrund vertraglicher Vereinbarung im Falle der Liquidation oder des Konkurses des Versicherungsunternehmens allen anderen Verbindlichkeiten nachgeordnet sind.
- b) Im Posten "Fonds für spätere Zuweisungen" sind die Beträge auszuweisen, deren Aufteilung zwischen Versicherungsnehmern und Eigentümern zum Bilanzstichtag noch nicht festgelegt war.

10. Ausweisvorschriften für versicherungstechnische Rückstellungen

- a) Im Posten "Versicherungstechnische Rückstellungen für Lebensversicherungsverträge, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird" sind die versicherungstechnischen Rückstellungen für Verpflichtungen aus Lebensversicherungsverträgen auszuweisen, deren Wert oder Ertrag indexgebunden ist oder sich nach Kapitalanlagen bestimmt, für die der Versicherungsnehmer das Risiko trägt. Werden für solche Versicherungsverträge zusätzliche versicherungstechnische Rückstellungen im Hinblick auf die Sterblichkeit, auf Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb, auf zugesicherte Mindestleistungen oder auf andere Risiken gebildet, sind sie im Posten "Deckungsrückstellung" auszuweisen.

- b) Im Posten "Versicherungstechnische Rückstellungen für Lebensversicherungsverträge, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird" sind auch versicherungstechnische Rückstellungen für Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern einer Tontine auszuweisen.
 - c) Die Alterungsrückstellung für Krankenversicherungsverträge ist im Posten "Deckungsrückstellung" auszuweisen.
 - d) Im Posten "Deckungsrückstellung" sind auch bereits zugeteilte Überschussanteile auszuweisen.
 - e) Im Posten "Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung" sind Überschussanteile und andere für eine spätere Ausschüttung an Versicherungsnehmer oder Begünstigte bestimmte Beträge auszuweisen, die zwar noch nicht einzelnen Versicherungsnehmern gutgeschrieben worden sind, aber nicht zum Posten "Fonds für spätere Zuweisungen" gehören.
 - f) Im Posten "Schwankungsrückstellung" sind Beträge auszuweisen, die aufgrund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften zurückzustellen sind, um Schwankungen im Schadenverlauf künftiger Jahre auszugleichen oder besonderen Risiken Rechnung zu tragen.
 - g) Rückstellungen für drohende Verluste aus dem Versicherungsbestand sind im Posten "Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen" auszuweisen.
11. *Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen im allgemeinen*
- a) Die versicherungstechnischen Rückstellungen müssen gewährleisten, dass das Versicherungsunternehmen alle seine aus Versicherungsverträgen resultierenden Verpflichtungen im Rahmen dessen, was bei vernünftiger Betrachtungsweise vorhersehbar ist, erfüllen kann.
 - b) Wird in Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft zeitversetzt in die Erfolgsrechnung bzw. die konsolidierte Erfolgsrechnung aufgenommen, sind die für einen Stichtag vor dem Bilanzstichtag ermittelten versicherungstechnischen Rückstellungen aufzustocken, soweit dies zur Erfüllung der in Bst. a umschriebenen Anforderung in bezug auf die betroffenen Rückversicherungsverträge erforderlich ist.
 - c) Die Anteile der Rückversicherer umfassen die tatsächlichen oder geschätzten Beträge, um die sich die Bruttobeträge der versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund vertraglicher Vereinbarungen mit Rückversicherern vermindern. Die Anteile der Rückver-

sicherer an den Prämienüberträgen sind jedoch gemäss Ziff. 12 zu bewerten, wenn sich daraus geringere Beträge als nach den Bestimmungen des jeweiligen Rückversicherungsvertrages ergeben; dies gilt nicht, wenn im Zeitpunkt der Aufstellung der Jahresrechnung bzw. der konsolidierten Jahresrechnung die Auflösung des Rückversicherungsvertrages zum Bilanzstichtag bereits feststeht.

12. *Bewertung der Prämienüberträge*

- a) Die Prämienüberträge umfassen jenen Teil der gebuchten Prämien, der auf die Zeit nach dem Bilanzstichtag entfällt.
- b) Die Prämienüberträge sind grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln zu berechnen. Die Anwendung von statistischen Methoden, insbesondere von Bruchteils- und Pauschalmethoden, ist zulässig, wenn anzunehmen ist, dass sie zu annähernd den gleichen Ergebnissen führen wie die Einzelberechnungen.
- c) In Versicherungszweigen, in denen die Annahme zeitlicher Proportionalität zwischen Risikoverlauf und Prämie nicht zutrifft, sind Berechnungsverfahren anzuwenden, die der im Zeitablauf unterschiedlichen Entwicklung des Risikos Rechnung tragen.

13. *Bewertung der Deckungsrückstellung*

- a) Die Deckungsrückstellung umfasst den versicherungsmathematisch errechneten Wert der Verpflichtungen des Versicherungsunternehmens einschliesslich der bereits zugeteilten Überschussanteile abzüglich der Summe der Barwerte der nach dem Bilanzstichtag fälligen Prämien.
- b) Die Berechnung ist jährlich von einem Versicherungsmathematiker oder einem anderen Sachverständigen auf der Grundlage anerkannter versicherungsmathematischer Methoden vorzunehmen. Die verwendeten Zinssätze dürfen von der Aufsichtsbehörde festgesetzte Höchstzinssätze nicht überschreiten.
- c) Die Deckungsrückstellung für Lebensversicherungsverträge ist grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln zu berechnen. Die Anwendung von statistischen oder mathematischen Methoden ist zulässig, wenn anzunehmen ist, dass sie zu annähernd den gleichen Ergebnissen führen wie die Einzelberechnungen.
- d) Die Alterungsrückstellung für Krankenversicherungsverträge darf mit statistischen oder mathematischen Methoden ermittelt werden, von denen anzunehmen ist, dass sie zu annähernd den gleichen Ergebnissen führen wie Einzelberechnungen.

14. *Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in der Schadenversicherung*

- a) Die Rückstellung ist grundsätzlich für jeden Versicherungsfall einzeln in Höhe der voraussichtlich nach dem Bilanzstichtag noch zu zahlenden Aufwendungen einschliesslich der Schadenregulierungsaufwendungen aller Art zu berechnen. Die Anwendung statistischer Methoden ist zulässig, wenn sie unter Berücksichtigung der Art der Risiken eine ausreichende Rückstellung ergeben. Im Fall der Mitversicherung hat die Rückstellung anteilmässig mindestens dem vom führenden Versicherungsunternehmen ermittelten Betrag zu entsprechen.¹⁷⁰
- b) Den bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber noch nicht gemeldeten Versicherungsfällen ist durch eine gesonderte Rückstellung Rechnung zu tragen, bei deren Berechnung die bisherigen Erfahrungen sowohl in bezug auf die Anzahl der nach dem Bilanzstichtag gemeldeten vor diesem Tag eingetretenen Versicherungsfälle als auch in bezug auf die Höhe der mit diesen Versicherungsfällen verbundenen Aufwendungen berücksichtigt werden.
- c) Sind Versicherungsleistungen in Form von Renten zu erbringen, müssen die diesbezüglichen Rückstellungsbeträge nach anerkannten versicherungsmathematischen Methoden berechnet werden.
- d) Diskontabschläge sind nicht zulässig.
- e) Die einer Betreuung zugänglichen Forderungen, die dem Versicherungsunternehmen zustehen, weil es aufgrund geleisteter Entschädigungen Rückgriff nehmen kann oder weil ihm Ansprüche auf ein versichertes Objekt erwachsen sind, für das es Ersatz geleistet hat, sind nach dem Grundsatz der Vorsicht zu bewerten und von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abzusetzen.

15. *Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in der Lebensversicherung*

- a) Die Rückstellung ist grundsätzlich für jeden Versicherungsfall einzeln zu berechnen. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle sind aufgrund von Schätzungen in die Berechnung einzubeziehen.
- b) Die Höhe des rückzustellenden Betrages bemisst sich für jeden Versicherungsfall nach der den Begünstigten geschuldeten Summe zuzüg-

lich der Regulierungsaufwendungen; bis zum Bilanzstichtag bereits gezahlte Beträge sind abzusetzen.

16. *Bewertung der Rückstellung für drohende Verluste aus dem Versicherungsbestand*

Eine Rückstellung für drohende Verluste aus dem Versicherungsbestand ist in Höhe der positiven Differenzbeträge für eigene Rechnung zu bilden, die sich für abgrenzbare Teilversicherungsbestände oder für den gesamten Versicherungsbestand bei der folgenden Gegenüberstellung für nach dem Bilanzstichtag aufgrund von vor diesem Tag abgeschlossenen Verträgen zu tragende Risiken ergeben: voraussichtliche Aufwendungen für Versicherungsfälle, für Prämienrückerstattung und für den Versicherungsbetrieb abzüglich Prämienüberträge und etwaige zukünftige Prämienforderungen.

17. *Depotverbindlichkeiten*

- a) Als Depotverbindlichkeiten sind Beträge auszuweisen, die im Rahmen von Rückversicherungsverträgen vom zedierenden Versicherungsunternehmen als Sicherheit einbehalten oder ihm vom Rückversicherer zu diesem Zweck belassen worden sind. Sind bei dem zedierenden Versicherungsunternehmen Wertpapiere hinterlegt worden und in sein Eigentum übergegangen, ist als Depotverbindlichkeit der Betrag auszuweisen, den das zedierende Versicherungsunternehmen aufgrund seiner Rückgabeverpflichtung schuldet.
- b) Depotverbindlichkeiten dürfen nicht mit anderen Verbindlichkeiten zusammengefasst und nicht mit Forderungen an Rückversicherer verrechnet werden.

18. *Allgemeine Vorschriften für die Erfolgsrechnung*

- a) Die Erfolgsrechnung ist in Staffelform aufzustellen. Dabei sind die in Ziff. 19 angeführten Posten auszuweisen. In Rückdeckung übernommenes Schadenversicherungsgeschäft ist in die versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung, in Rückdeckung übernommenes Lebensversicherungsgeschäft in die versicherungstechnische Rechnung für die Lebensversicherung einzubeziehen. Versicherungsunternehmen, die Lebensversicherungsgeschäft nicht selbst abschliessen, sondern ausschliesslich in Rückdeckung übernehmen, dürfen dieses Geschäft in die versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung aufnehmen.

- b) Bei Mitversicherung sind in die Erfolgsrechnung nur die Anteile des Versicherungsunternehmens an den Gesamtbeträgen der Erträge und der Aufwendungen aufzunehmen.
- c) In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft darf bis zu einem Jahr zeitversetzt in die Erfolgsrechnung aufgenommen werden. Abgesehen vom Ausnahmefall der Änderung des Zeitraums, um den solches Geschäft verspätet erfasst wird, sind stets die Erträge und Aufwendungen für zwölf Monate in die Erfolgsrechnung aufzunehmen.

19. Gliederung der Erfolgsrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung

1. Verdiente Prämien für eigene Rechnung

- a) Gebuchte Bruttoprämien
- b) Abgegebene Rückversicherungsprämien
- c) Veränderung der Brutto-Prämienüberträge
- d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Brutto-Prämienüberträgen

2. Technischer Zinsertrag (Übertrag aus der nichtversicherungstechnischen Rechnung, Posten 6)

3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

a) Zahlungen für Versicherungsfälle

- aa) Bruttobetrag
- bb) Anteil der Rückversicherer

b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

- aa) Bruttobetrag
- bb) Anteil der Rückversicherer

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen ist

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung für eigene Rechnung

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

- a) Abschlussaufwendungen

- b) Verwaltungsaufwendungen
- c) Erhaltene Provisionen und Gewinnanteile aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
- 8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung
- 9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und der Schwankungsréserven
- 10. Ergebnis der versicherungstechnischen Rechnung für die Schadenversicherung
- II. Versicherungstechnische Rechnung für die Lebensversicherung
- 1. Verdiente Prämien für eigene Rechnung
- a) Gebuchte Bruttoprämien
- b) Abgegebene Rückversicherungsprämien
- c) Veränderung der Brutto-Prämienüberträge
- d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Brutto-Prämienüberträgen
- 2. Erträge aus Kapitalanlagen
- a) Laufende Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
- b) Laufende Erträge aus Grundstücken und Bauten
- c) Laufende Erträge aus anderen Kapitalanlagen, davon aus verbundenen Unternehmen
- d) Erträge aus Zuschreibungen
- e) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
- 3. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen
- 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung
- 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung
- a) Zahlungen für Versicherungsfälle
 - aa) Bruttobetrag
 - bb) Anteil der Rückversicherer
- b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
 - aa) Bruttobetrag

- bb) Anteil der Rückversicherer
 - 6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Nettorückstellungen, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen ist
 - a) Veränderung der Deckungsrückstellung
 - aa) Bruttobetrag
 - bb) Anteil der Rückversicherer
 - b) Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen
 - 7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung für eigene Rechnung
 - 8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung
 - a) Abschlussaufwendungen
 - b) Verwaltungsaufwendungen
 - c) Erhaltene Provisionen und Gewinnanteile aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
 - 9. Aufwendungen für Kapitalanlagen
 - a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen
 - b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
 - c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
 - 10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen
 - 11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung
 - 12. Der nichtversicherungstechnischen Rechnung (Posten 4) zugeordneter Zins
 - 13. Zuweisungen an den oder Entnahmen aus dem Fonds für spätere Zuweisungen
 - 14. Ergebnis der versicherungstechnischen Rechnung für die Lebensversicherung
- III. Nichtversicherungstechnische Rechnung
- 1. Ergebnis der versicherungstechnischen Rechnung für die Schadenversicherung
 - 2. Ergebnis der versicherungstechnischen Rechnung für die Lebensversicherung

3. Erträge aus Kapitalanlagen
 - a) Laufende Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen
 - b) Laufende Erträge aus Grundstücken und Bauten
 - c) Laufende Erträge aus anderen Kapitalanlagen, davon aus verbundenen Unternehmen
 - d) Erträge aus Zuschreibungen
 - e) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
 4. Zugeordneter Zins aus der versicherungstechnischen Rechnung für die Lebensversicherung (Posten 12)
 5. Aufwendungen für Kapitalanlagen
 - a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen
 - b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
 - c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
 6. Technischer Zinsertrag (Übertrag in die versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung, Posten 2)
 7. Sonstige Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
 8. Sonstige Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
 9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
 10. Ausserordentliche Erträge
 11. Ausserordentliche Aufwendungen
 12. Ausserordentliches Ergebnis
 13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
 14. Sonstige Steuern
 15. Jahresgewinn/Jahresverlust
20. *Gebuchte Bruttoprämien*
- a) In den Posten "Gebuchte Bruttoprämien" sind alle während des Geschäftsjahres fällig gewordenen Prämien unabhängig davon, ob sie sich ganz oder teilweise auf Zeiträume nach dem Bilanzstichtag beziehen, auszuweisen.
 - b) Zu diesen Prämien gehören auch:

- aa) die noch zu buchenden Prämien, wenn deren Berechnung erst am Ende des Geschäftsjahres erfolgen kann;
 - bb) Einmalprämien und Zahlungen für Jahresrenten; die Einbeziehung von Einmalprämien aus der Rückstellung für Prämienrückerstattung ist zulässig;
 - cc) Prämienzuschläge bei halbjährlicher, vierteljährlicher oder monatlicher Prämienzahlung sowie Nebenleistungen der Versicherungsnehmer für Aufwendungen des Versicherungsunternehmens;
 - dd) fällige Rückversicherungsprämien von zedierenden und retrozedierenden Versicherungsunternehmen einschliesslich der Portefeuille-Eintrittsprämien, die bei Abschluss oder Änderung von in Rückdeckung übernommenem Versicherungsgeschäft gezahlt werden.
- c) Von den in Bst. a genannten Prämien sind abzuziehen:
- aa) Portefeuille-Austrittsprämien zugunsten von zedierenden und retrozedierenden Versicherungsunternehmen, die bei Änderung oder Beendigung von in Rückdeckung übernommenem Versicherungsgeschäft gezahlt werden;
 - bb) die das Geschäftsjahr belastenden Aufwendungen aus Stornierungen von Prämien.
- d) Steuern oder steuerähnliche Abgaben, die mit den Prämien oder auf die Prämien erhoben werden, dürfen in die Posten "Gebuchte Bruttoprämien" nicht einbezogen werden.

21. Abgegebene Rückversicherungsprämien

- a) In den Posten "Abgegebene Rückversicherungsprämien" sind die im Geschäftsjahr verrechneten Prämien aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft auszuweisen.
- b) Zu diesen Prämien gehören auch Portefeuille-Eintrittsprämien, die bei Abschluss oder Änderung von in Rückdeckung gegebenem Versicherungsgeschäft gezahlt werden.
- c) Portefeuille-Austrittsprämien, die bei Änderung oder Beendigung von in Rückdeckung gegebenem Versicherungsgeschäft gezahlt werden, sind von den in Bst. a genannten Prämien abzuziehen.

22. Aufwendungen für Versicherungsfälle

- a) In den Postengruppen "Zahlungen für Versicherungsfälle" sind die im Geschäftsjahr für Versicherungsfälle geleisteten Zahlungen

einschliesslich Rentenzahlungen und Zahlungen für Rückkäufe sowie externe und interne Schadenregulierungsaufwendungen auszuweisen. Schadenreserveeintritte und -austritte sind in der gleichen Art zu berücksichtigen, wie dies in den Ziff. 20 und 21 für Portefeuille-Eintritts- und -Austrittsprämien geregelt ist. Erstattungsleistungen aufgrund von Regressen und Provenues im Sinne von Ziff. 14 Bst. e, die das Versicherungsunternehmen im Geschäftsjahr erhalten hat, sind vom Bruttobetrag der Zahlungen für Versicherungsfälle abzuziehen.

- b) In den Postengruppen "Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle" ist der jeweilige Unterschiedsbetrag zwischen der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle am Ende des Geschäftsjahres und der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle am Beginn des Geschäftsjahres unter Berücksichtigung des Unterschiedsbetrages zwischen den am Ende des Geschäftsjahres und den am Beginn des Geschäftsjahres abzusetzenden Forderungen aus Regressen und Provenues im Sinne von Ziff. 14 Bst. e auszuweisen. Bei der Berechnung des Unterschiedsbetrages sind auch die Rückstellungen für im Geschäftsjahr eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle sowie für Versicherungsleistungen in der Schadenversicherung, die in Form von Renten zu erbringen sind, zu berücksichtigen.

23. Aufwendungen für Prämienrückerstattung

- a) In den Posten "Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung für eigene Rechnung" sind die im Geschäftsjahr an Versicherungsnehmer und andere Begünstigte geleisteten Zahlungen für Prämienrückerstattungen sowie die dafür am Ende des Geschäftsjahres zurückgestellten Beträge abzüglich der dafür am Beginn des Geschäftsjahres zurückgestellten Beträge auszuweisen, und zwar jeweils abzüglich des Anteils der Rückversicherer. Als Zahlungen im Sinne des vorigen Satzes gelten auch die entsprechende Erhöhung anderer versicherungstechnischer Rückstellungen und die Verrechnung mit künftigen Prämien.
- b) Als erfolgsabhängig gelten Prämienrückerstattungen, die aus Überschüssen oder Gewinnen des Gesamtgeschäfts oder eines Geschäftsbereichs stammen, als erfolgsunabhängig Prämienrückerstattungen, die aufgrund des Verlaufs einzelner Verträge gewährt werden.

24. *Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb*

- a) Unmittelbar dem Abschluss einzelner Versicherungsverträge zuordenbare Aufwendungen sowie weitere Aufwendungen, die für den Abschluss von Versicherungsverträgen anfallen, sind in den Posten "Abschlussaufwendungen" auszuweisen. Dazu gehören Abschlussprovisionen, Verlängerungsprovisionen und Werbeaufwendungen.
- b) Personalaufwendungen, Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie andere Büroaufwendungen sind auf die Posten "Zahlungen für Versicherungsfälle - Bruttobetrag", "Abschlussaufwendungen", "Verwaltungsaufwendungen", "Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen und Zinsaufwendungen" sowie "Sonstige Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit" aufzuteilen, soweit es sich um Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit handelt. Den Posten "Abschlussaufwendungen" sind dabei die Aufwendungen für die Antragsbearbeitung, die Anlegung der Versicherungsakte, die Policierung und die Aufnahme der Versicherungsverträge in den Versicherungsbestand zuzuordnen, den Posten "Verwaltungsaufwendungen" insbesondere die Aufwendungen für den Prämieinzug, die Bestandsverwaltung, die Bearbeitung der Prämienrückerstattungen und die Bearbeitung der Rückversicherung.
- c) In den Posten "Verwaltungsaufwendungen" sind auch Inkasso- und Bestandspflegeprovisionen auszuweisen.

25. *Erträge aus und Aufwendungen für Kapitalanlagen*

- a) Erstellt ein Versicherungsunternehmen gemäss Ziff. 18 Bst. a nur eine versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung, nicht aber eine versicherungstechnische Rechnung für die Lebensversicherung, hat es sämtliche Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in der nichtversicherungstechnischen Rechnung in den entsprechend bezeichneten Posten auszuweisen.
- b) Erstellt ein Versicherungsunternehmen gemäss Ziff. 18 Bst. a nur eine versicherungstechnische Rechnung für die Lebensversicherung, nicht aber eine versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung, hat es sämtliche Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in der versiche-

rungstechnischen Rechnung für die Lebensversicherung in den entsprechend bezeichneten Posten auszuweisen.

- c) Erstellt ein Versicherungsunternehmen gemäss Ziff. 18 Bst. a sowohl eine versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung als auch eine versicherungstechnische Rechnung für die Lebensversicherung, hat es in der zuletzt genannten versicherungstechnischen Rechnung in den entsprechend bezeichneten Posten die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen auszuweisen, die unmittelbar mit der Lebensversicherung zusammenhängen, die übrigen Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in den entsprechend bezeichneten Posten der nichtversicherungstechnischen Rechnung. Als unmittelbar mit der Lebensversicherung zusammenhängend gelten jedenfalls die Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit gesondert verwahrten Kapitalanlagen, die zur Bedeckung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Lebensversicherung bestimmt sind. In der konsolidierten Erfolgsrechnung dürfen in diesem Fall auch sämtliche Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in den entsprechend bezeichneten Posten der nichtversicherungstechnischen Rechnung ausgewiesen werden.
- d) Es ist zulässig, einen Teil der in der versicherungstechnischen Rechnung für die Lebensversicherung ausgewiesenen Erträge aus Kapitalanlagen in die nichtversicherungstechnische Rechnung zu übertragen; der übertragene Betrag ist in den Posten "Der nichtversicherungstechnischen Rechnung zugeordneter Zins" und "Zugeordneter Zins aus der versicherungstechnischen Rechnung für die Lebensversicherung" auszuweisen. Es ist auch zulässig, einen Teil der in der nichtversicherungstechnischen Rechnung ausgewiesenen Erträge aus Kapitalanlagen in die versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung zu übertragen; der übertragene Betrag ist in den Posten "Technischer Zinsertrag" auszuweisen. Eine direkte Übertragung von Erträgen aus Kapitalanlagen aus der versicherungstechnischen Rechnung für die Lebensversicherung in die versicherungstechnische Rechnung für die Schadenversicherung ist nicht zulässig. Bei Anwendung von Bst. c letzter Satz ist es auch zulässig, einen Teil der Erträge aus Kapitalanlagen in die versicherungstechnische Rechnung für die Lebensversicherung zu übertragen; der übertragene Betrag ist in entsprechend bezeichneten Posten auszuweisen.

26. Nicht realisierte Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen

- a) In den Posten "Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen" und "Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen" sind die Veränderungen des Unterschieds zwischen der Bewertung der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice nach dem Zeitwert gemäss Ziff. 5 Bst. b und ihrer Bewertung nach den für die übrigen Kapitalanlagen geltenden Vorschriften auszuweisen.
- b) Die übrigen Kapitalanlagen betreffende Zuschreibungen und Abschreibungen dürfen nicht in den in Bst. a angeführten Posten, sondern müssen in den Posten "Erträge aus Zuschreibungen" bzw. "Abschreibungen auf Kapitalanlagen" ausgewiesen werden.

27. Anlagespiegel

In der Bilanz oder im Anhang ist die Entwicklung der einzelnen Posten der immateriellen Anlagewerte, der Grundstücke und Bauten sowie der einzelnen Posten der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen darzustellen. Dabei sind, ausgehend von den Bilanzwerten zu Beginn des Geschäftsjahres, die Zugänge, Abgänge, Umbuchungen, Zuschreibungen und Abschreibungen des Geschäftsjahres gesondert aufzuführen.

28. Weitere Anhangsangaben zur Bilanz

- a) Im Anhang sind auch anzugeben:
 - aa) der Bilanzwert der Grundstücke und Bauten, die das Versicherungsunternehmen selbst nutzt;
 - bb) die Höhe der Darlehen an Versicherungsnehmer, bei denen der Versicherungsvertrag die Hauptsicherheit darstellt;
 - cc) eine genaue Aufgliederung der "Sonstigen Ausleihungen", wenn die nicht durch Versicherungsverträge gesicherten "Sonstigen Ausleihungen" einen grösseren Umfang haben;
 - dd) die vom Bruttobetrag der Prämienüberträge in Abzug gebrachten Abschlussaufwendungen;
 - ee) die vom Bruttobetrag der Deckungsrückstellung in Abzug gebrachten Zillmerabschläge;
 - ff) eine Zusammenfassung der wichtigsten Berechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung;
 - gg) die gemäss Ziff. 14 Bst. e von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abgesetzten Regress- und

- Provenueforderungen, wenn sie einen grösseren Umfang erreichen;
- hh) die Höhe der Rückstellung für drohende Verluste aus dem Versicherungsbestand, wenn sie einen grösseren Umfang erreicht.
- b) Erreichen die im Posten "Andere Kapitalanlagen" ausgewiesenen Kapitalanlagen einen grösseren Umfang, müssen sie im Anhang näher erläutert werden. Das gleiche gilt für die im Posten "Andere Vermögensgegenstände" ausgewiesenen Vermögensgegenstände, wenn sie einen grösseren Umfang erreichen.
- c) Auf die Schwankungsreserven ist im Anhang hinzuweisen.
- d) Im Anhang sind die auf Grundlage der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ermittelten Werte der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice sowie die Zeitwerte der übrigen Kapitalanlagen anzugeben. Für die Ermittlung der Zeitwerte gelten die Ziff. 6 und 7. Für alle Kapitalanlagen ist die zur Ermittlung der Zeitwerte angewandte Bewertungsmethode anzugeben, für alle Kapitalanlagen mit Ausnahme der Grundstücke und Bauten auch der Grund für die Anwendung der jeweils gewählten Bewertungsmethode. Die Zeitwerte der Grundstücke und Bauten sind nach den Jahren aufzugliedern, in denen die letzte Feststellung ihrer Marktwerte erfolgte.

29. Anhangsangaben zu den Geschäftsbereichen

- a) In der Schadenversicherung sind im Anhang die gebuchten Bruttoprämien, die verdienten Bruttoprämien, die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle, die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb und der Rückversicherungssaldo anzugeben. Diese Beträge sind getrennt für das selbst abgeschlossene Geschäft und das in Rückdeckung übernommene Geschäft anzugeben, wenn das in Rückdeckung übernommene Geschäft mindestens 10 % des Gesamtbetrags der gebuchten Bruttoprämien ausmacht; die Angaben für das selbst abgeschlossene Geschäft sind vorbehaltlich des nächsten Satzes in folgende Versicherungszweige und Versicherungszweiggruppen zu untergliedern:
- aa) Unfall- und Krankenversicherung;
- bb) Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung;
- cc) sonstige Arten der Kraftfahrtversicherung;

- dd) See-, Luftfahrt- und Transportversicherung;
- ee) Versicherung gegen Feuer- und andere Sachschäden;
- ff) Haftpflichtversicherung;
- gg) Kredit- und Kautionsversicherung;
- hh) Rechtsschutzversicherung;
- ii) Touristischer Beistand;
- kk) sonstige Versicherungsweige.

Die Aufgliederung der Angaben für das selbst abgeschlossene Geschäft in Versicherungsweige und Versicherungsweigegruppen ist insoweit nicht erforderlich, als die gebuchten Bruttoprämien in einem Versicherungsweig oder einer Versicherungsweigegruppe 10 Millionen Euro nicht überschreiten; jedenfalls sind jedoch die Angaben für die drei wichtigsten Versicherungsweige bzw. Versicherungsweigegruppen zu machen.

- b) In der Lebensversicherung sind im Anhang die gebuchten Bruttoprämien in selbst abgeschlossenes Geschäft und in Rückdeckung übernommenes Geschäft aufzugliedern, wenn das in Rückdeckung übernommene Geschäft mindestens 10 % des Gesamtbetrags der gebuchten Bruttoprämien ausmacht; weiters ist der Rückversicherungssaldo in einer Summe anzugeben. Die gebuchten Bruttoprämien für das selbst abgeschlossene Lebensversicherungsgeschäft sind wie folgt zu untergliedern, wenn die im folgenden angeführten Einzelbeträge 10 % des Gesamtbetrags dieser Bruttoprämien übersteigen:
 - aa) in Einzelprämien und Prämien im Rahmen von Kollektivverträgen;
 - bb) in laufende Prämien und Einmalprämien;
 - cc) in Prämien im Rahmen von Verträgen ohne Gewinnbeteiligung, Prämien im Rahmen von Verträgen mit Gewinnbeteiligung und Prämien im Rahmen von Verträgen, bei denen das Kapitalanlageisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird.
- c) Die gebuchten Bruttoprämien aus dem selbst abgeschlossenen Gesamtgeschäft sind im Anhang vorbehaltlich des nächsten Satzes weiters nach ihrer regionalen Herkunft in folgende drei Teilbeträge aufzugliedern: Liechtenstein, übrige Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes und übrige Staaten. Teilbeträge, die 5 %

des Gesamtbetrags der gebuchten Bruttoprämien nicht übersteigen, müssen jedoch nicht angegeben werden.

- d) Versicherungsunternehmen, die ausschliesslich Geschäft in Rückdeckung übernehmen, brauchen statt der Angaben nach den Bst. a und b nur die gebuchten Bruttoprämien in Schadenversicherung und Lebensversicherung aufzugliedern.
- e) Unter dem Rückversicherungssaldo im Sinne der Bst. a und b ist der Anteil der Rückversicherer am versicherungstechnischen Ergebnis des jeweiligen Geschäftsbereiches einschliesslich allfälliger zugehöriger Anteile der Rückversicherer an Posten, die nicht in dieses Ergebnis eingehen, zu verstehen.

30. *Weitere Anhangsangaben zur Erfolgsrechnung*

a) Im Anhang sind auch anzugeben:

aa) der Umfang des nach Ziff. 18 Bst. c zeitversetzt in die Erfolgsrechnung aufgenommenen in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäfts mit dem jeweiligen Ausmass der Zeitverschiebung und einer Begründung für die angewandte Methode; bei deren Änderung ist der Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesondert darzustellen;

bb) die Aufgliederung der Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung für eigene Rechnung in jene für erfolgsabhängige und jene für erfolgsunabhängige Prämienrückerstattung, wenn einer dieser beiden Beträge einen grösseren Umfang erreicht;

cc) die Provisionen aller Art für das selbst abgeschlossene im Geschäftsjahr gebuchte Versicherungsgeschäft.

b) Ist die Differenz zwischen dem Betrag der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle am Beginn des Geschäftsjahres und der Summe aus den während des Geschäftsjahres für in früheren Geschäftsjahren eingetretene Versicherungsfälle bezahlten Beträgen sowie dem Betrag der Rückstellung für solche noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle am Ende des Geschäftsjahres erheblich, ist sie nach Art und Höhe im Anhang zu erläutern.

c) Macht ein Versicherungsunternehmen von Ziff. 25 Bst. d Gebrauch, sind für jede Übertragung der Grund und die Berechnungsgrundlage im Anhang zu erläutern.

Anhang 5¹⁷¹

Berechnung der bereinigten Solvabilität von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen (Art. 72d)

1. Wahl der Berechnungsmethode und grundlegende Prinzipien

A. Grundsatz

Die bereinigte Solvabilität gemäss Art. 72d ist nach einer der unter Ziff. 3 beschriebenen Methoden zu berechnen.

B. Anteilmässige Berechnung

Bei der Berechnung der bereinigten Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens ist der Anteil, den das Beteiligungsunternehmen an seinen verbundenen Unternehmen hält, zu berücksichtigen.

Der Ausdruck "Anteil" bezeichnet entweder bei Anwendung der in Ziff. 3 beschriebenen Methode 1 oder 2 den Anteil am gezeichneten Kapital, der direkt oder indirekt von dem Beteiligungsunternehmen gehalten wird, oder bei Anwendung der unter Ziff. 3 beschriebenen Methode 3 die bei der Erstellung des konsolidierten Abschlusses zugrunde gelegten Prozentsätze.

Handelt es sich bei dem verbundenen Unternehmen um ein Tochterunternehmen, das eine unzureichende Solvabilität aufweist, so ist unabhängig von der gewählten Methode diese Solvabilitätslücke des Tochterunternehmens bei der Berechnung in voller Höhe zu berücksichtigen.

Beschränkt sich die Haftung des einen Kapitalanteil haltenden Mutterunternehmens nach Auffassung der zuständigen Behörden allerdings ausschliesslich und unmissverständlich auf diesen Kapitalanteil, so kann die Aufsichtsbehörde zulassen, dass die unzureichende Solvabilität des Tochterunternehmens anteilig berücksichtigt wird.

Bestehen zwischen einigen der einer Versicherungs- oder Rückversicherungsgruppe angehörenden Unternehmen keine kapitalmässigen Verflechtungen, bestimmt die Aufsichtsbehörde, welcher Anteil berücksichtigt wird.

C. Ausschluss der Mehrfachberücksichtigung der Solvabilitätselemente

C.1. Allgemeine Behandlung der Solvabilitätselemente

Unabhängig von der gewählten Methode zur Berechnung der bereinigten Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens ist dafür zu sorgen, dass die Verwendung der für die Berechnung der Solvabilitätsspanne in Frage kommenden Elemente bei den verschiedenen in diese Berechnung einbezogenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen nicht doppelt berücksichtigt werden.

Zu diesem Zweck werden, sofern dies nicht bereits gemäss den unter Ziff. 3 beschriebenen Methoden vorgesehen ist, bei der Berechnung der bereinigten Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens folgende Beträge nicht berücksichtigt:

- der Wert von Vermögensgegenständen des betreffenden Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, denen damit finanzierte zulässige Solvabilitätselemente in einem seiner verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gegenüberstehen;
- der Wert von Vermögensgegenständen eines mit dem betreffenden Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, denen damit finanzierte zulässige Solvabilitätselemente in diesem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gegenüberstehen;
- der Wert von Vermögensgegenständen eines mit dem betreffenden Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, denen damit finanzierte zulässige Solvabilitätselemente in anderen mit diesem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gegenüberstehen.

C.2. Behandlung bestimmter Solvabilitätselemente

Unbeschadet der Bestimmungen des Abschnitts C.1 dürfen:

- Gewinnreserven und künftige Gewinne eines Lebensversicherungs- oder Lebensrückversicherungsunternehmens, das mit dem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, für das die bereinigte Solvabilität berechnet wird, verbunden ist, sowie
- gezeichnete, jedoch nicht eingezahlte Teile des Kapitals eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, das mit dem

Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, für das die bereinigte Solvabilität berechnet wird, verbunden ist,

nur insoweit in die Berechnung einbezogen werden, als sie zur Deckung der Mindestsolvabilität dieses verbundenen Unternehmens herangezogen werden dürfen. Gezeichnetes, jedoch nicht eingezahltes Kapital, das eine potenzielle Verbindlichkeit für das Beteiligungsunternehmen darstellt, ist ganz aus der Berechnung herauszunehmen.

Gezeichnete, jedoch nicht eingezahlte Kapitalanteile des Beteiligungsversicherungs- oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmens, die eine potenzielle Verbindlichkeit für ein verbundenes Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen darstellen, sind ebenfalls aus der Berechnung herauszunehmen.

Gezeichnete, jedoch nicht eingezahlte Kapitalanteile eines verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, die eine potenzielle Verbindlichkeit für ein anderes verbundenes Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen darstellen, sind, wenn sie demselben Beteiligungsversicherungs- bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmen angehören, aus der Berechnung herauszunehmen.

C.3. Übertragbarkeit

Ist die Aufsichtsbehörde der Auffassung, dass ausser den in Abschnitt C.2 genannten Elementen bestimmte andere Elemente, die grundsätzlich für die Berechnung der Solvabilitätsspanne eines verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens in Frage kommen, de facto nicht zur Deckung der geforderten Solvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmens, für das die bereinigte Solvabilität berechnet wird, bereitgestellt werden können, so dürfen diese Elemente nur insoweit in die Berechnung einbezogen werden, als sie für die Deckung der geforderten Solvabilitätsspanne des verbundenen Unternehmens herangezogen werden dürfen.

C.4. Die Summe der in den Abschnitten C.2 und C.3 genannten Elemente darf die geforderte Solvabilitätsspanne des verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens nicht überschreiten.

D. Ausschluss der gruppeninternen Kapitalschöpfung

Bei der Berechnung der bereinigten Solvabilität werden zulässige Solvabilitätselemente, die aus der Gegenfinanzierung zwischen dem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen und

- einem verbundenen Unternehmen,
 - einem Beteiligungsunternehmen,
 - einem anderen verbundenen Unternehmen eines seiner Beteiligungsunternehmen
- stammen, nicht berücksichtigt.

Nicht berücksichtigt werden ferner zulässige Solvabilitätselemente eines verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, für das die bereinigte Solvabilität berechnet wird, wenn sie aus der Gegenfinanzierung mit einem anderen verbundenen Unternehmen dieses Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens stammen.

Gegenfinanzierung liegt insbesondere dann vor, wenn ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen oder eines seiner verbundenen Unternehmen Anteile an einem anderen Unternehmen hält oder einem anderen Unternehmen Darlehen gewährt, das seinerseits direkt oder indirekt zulässige Solvabilitätselemente des erstgenannten Unternehmens hält.

- E. Die Aufsichtsbehörde stellt sicher, dass die Berechnung der bereinigten Solvabilität in denselben Zeitabständen vorgenommen wird wie die der Solvabilitätsspanne für Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen und dass die Bewertung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach den Bestimmungen des Kapitels III erfolgt.

2. Anwendung der Berechnungsmethoden

2.1. Verbundene Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen

Die bereinigte Solvabilität wird nach den grundlegenden Prinzipien und Methoden dieses Anhangs berechnet.

Die bereinigte Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens mit mehr als einem verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen wird bei allen Methoden unter Einbeziehung aller verbundenen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen berechnet.

In Fällen gestufter Beteiligungen (beispielsweise, wenn ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen Beteiligungsunternehmen eines anderen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens ist, welches wiederum Beteiligungsunternehmen eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens ist) wird die bereinigte Solvabilität auf der Stufe jedes Beteiligungsversicherungsunternehmens oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmens, das mindestens ein verbundenes Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen besitzt, berechnet.

Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde kann davon abgesehen werden, die bereinigte Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens zu berechnen, wenn es sich bei diesem Unternehmen

- um ein verbundenes Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines im selben Vertragsstaat des EWR-Abkommens zugelassenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens handelt und dieses verbundene Unternehmen in die Berechnung der bereinigten Solvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmens einbezogen wird, oder
- um ein verbundenes Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen einer Versicherungs-Holdinggesellschaft mit Sitz in demselben Vertragsstaat des EWR-Abkommens wie das Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen handelt und sowohl die Versicherungs-Holdinggesellschaft als auch das verbundene Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen in die Berechnung miteinbezogen werden.

Mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde kann auch von einer Berechnung der bereinigten Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens abgesehen werden, wenn es sich um ein verbundenes Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines anderen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, einer Versicherungs-Holdinggesellschaft mit statutarischem Sitz in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens handelt, sofern sich die zuständigen Behörden der betreffenden Vertragsstaaten des EWR-Abkommens darauf geeinigt haben, der Aufsichtsbehörde die Ausübung der zusätzlichen Beaufsichtigung zu übertragen.

In allen Fällen kann die Befreiung nur gewährt werden, wenn die zulässigen Solvabilitätselemente der in die Berechnung einbezogenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen nach Überzeugung der

Aufsichtsbehörde zwischen den betroffenen Unternehmen angemessen aufgeteilt sind.

Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, dass die Solvabilität eines verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, das seinen statutarischen Sitz in einem anderen Vertragsstaat des EWR-Abkommens hat als das Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, für das die bereinigte Solvabilität berechnet wird, mit dem Wert in die Berechnung einbezogen wird, den die zuständigen Behörden dieses anderen Vertragsstaates des EWR-Abkommens ermittelt haben.

2.2. Zwischengeschaltete Versicherungs-Holdinggesellschaften

Hält ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen über eine Versicherungs-Holdinggesellschaft eine Beteiligung an einem verbundenen Versicherungsunternehmen, einem verbundenen Rückversicherungsunternehmen oder einem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates, so wird die Lage der zwischengeschalteten Versicherungs-Holdinggesellschaft bei der Berechnung der bereinigten Solvabilität des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens berücksichtigt. Die betreffende Versicherungs-Holdinggesellschaft wird - ausschliesslich für die Zwecke dieser Berechnung, die nach den grundlegenden Prinzipien und Methoden dieses Anhangs vorzunehmen ist - wie ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen behandelt, für das eine Solvabilitätsanforderung von Null gilt und für das in Bezug auf die zulässigen Solvabilitätselemente die Bestimmungen des Kapitels III zu beachten sind.

2.3. Verbundene Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen mit statutarischem Sitz in Drittländern

Bei der Berechnung der bereinigten Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, das an einem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates beteiligt ist, wird dieses Unternehmen ausschliesslich für die Zwecke der Berechnung wie ein verbundenes Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen behandelt, wobei die grundlegenden Prinzipien und die Methoden dieses Anhangs Anwendung finden.

Unterliegt das verbundene Unternehmen jedoch in dem Drittstaat, in dem es seinen statutarischen Sitz hat, der Zulassungspflicht und einer bestimmten Anforderung an die Solvabilität, die mit der geforderten Mindestsolvabilitätsspanne gemäss den Bestimmung des Kapitels III unter Berücksichtigung der zur Deckung dieser Anforderung zulässigen Solvabilitätselemente mindestens vergleichbar ist, so kann die Aufsichts-

behörde anordnen, dass in Bezug auf dieses Unternehmen die von dem betreffenden Drittstaat vorgesehene Anforderung an die Solvabilität und die nach den Vorschriften dieses Drittstaates zur Erfüllung dieser Anforderung zulässigen Solvabilitätselemente bei der Berechnung berücksichtigt werden.

2.4. Verbundene Banken, Wertpapierfirmen und Finanzinstitute

Bei der Berechnung der bereinigten Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, das an einer Bank, einer Wertpapierfirma oder einem Finanzinstitut beteiligt ist, gelten die in Kapitel III niedergelegten Bestimmungen über den Abzug solcher Beteiligungen sowie die Vorschriften, die den Vertragsstaat des EWR-Abkommens unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit einräumen, andere Methoden zu verwenden und derartige Beteiligungen nicht in Abzug zu bringen, entsprechend.

2.5. Nichtverfügbarkeit der notwendigen Informationen

Wenn die für die Berechnung der bereinigten Solvabilität eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens notwendigen Informationen in Bezug auf ein verbundenes Unternehmen mit statutarischem Sitz in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens oder in einem Drittstaat der Aufsichtsbehörde - aus welchen Gründen auch immer - nicht zur Verfügung stehen, so wird der Buchwert des betreffenden Unternehmens in dem Beteiligungsversicherungsunternehmen oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmen von den für die Berechnung der bereinigten Solvabilitätsspanne in Frage kommenden Elementen abgezogen. In diesem Fall dürfen etwaige stille Reserven im Zusammenhang mit dieser Beteiligung nicht als zulässiges Solvabilitätselement herangezogen werden.

3. Berechnungsmethoden

Methode 1: Abzugs- und Aggregationsmethode

Die bereinigte Solvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmens ist die Differenz zwischen

i) der Summe aus

- a) den für die Berechnung der Solvabilitätsspanne des Beteiligungsversicherungsunternehmens bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmens in Frage kommenden Elementen und
- b) dem der Beteiligung entsprechenden Anteil des Beteiligungsversicherungsunternehmens oder Beteiligungsrückversicherungs-

unternehmens an den Elementen, die in die Berechnung der Solvabilitätsspanne des verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens einfließen dürfen,

und

ii) der Summe aus

- a) dem Buchwert des verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens in dem Beteiligungsversicherungsunternehmen bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmen und
- b) der Mindestanforderung an die Solvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmens und
- c) dem der Beteiligung entsprechenden Anteil an der Mindestsolvabilität des verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens.

Wenn die Beteiligung an dem verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen ganz oder teilweise indirekt gehalten wird, so wird der Wert dieser indirekt gehaltenen Beteiligung unter Berücksichtigung der Abfolge der jeweiligen Beteiligungen in den unter Ziff. ii Bst. a genannten Betrag einbezogen; in diesem Fall ist in den Betrag unter Ziff. i Bst. b und Ziff. ii Bst. c der dieser Beteiligung entsprechende Anteil an den zulässigen Solvabilitätselementen des verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens einzubeziehen.

Methode 2: Abzugsmethode

Die bereinigte Solvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmens ist die Differenz zwischen

- i) der Summe der zulässigen Solvabilitätselemente des Beteiligungsversicherungsunternehmens bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmens und
- ii) der Summe aus
 - a) der geforderten Mindestsolvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens bzw. Beteiligungsrückversicherungsunternehmens und

- b) dem der Beteiligung entsprechenden Anteil an der geforderten Mindestsolvabilität des verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens.

Zur Bewertung der zulässigen Solvabilitätselemente werden die Beteiligungen nach der Equity-Methode bewertet.

Methode 3: Berechnung auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses

Die bereinigte Solvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmens wird auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses berechnet. Die bereinigte Solvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmens ist die Differenz zwischen den auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses berechneten zulässigen Solvabilitätselementen und entweder

- a) der Summe aus der geforderten Mindestsolvabilität des Beteiligungsversicherungsunternehmens oder Beteiligungsrückversicherungsunternehmens und dem jeweiligen Anteil an der geforderten Mindestsolvabilität der verbundenen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, entsprechend den bei der Erstellung des konsolidierten Abschlusses zugrunde gelegten Prozentsätzen der Beteiligung, oder
- b) der auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses errechneten Anforderung an die Solvabilität.

Die Berechnung der zulässigen Solvabilitätselemente und der Solvabilitätsanforderungen auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses erfolgt anhand der Bestimmungen des Kapitels III sowie der einschlägigen PGR-Vorschriften.

Anhang 6¹⁷²

Zusätzliche Beaufsichtigung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen, die Tochterunternehmen einer Versicherungs-Holdinggesellschaft oder eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens eines Drittstaates sind (Art. 72e)

1. Im Fall mehrerer Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die Tochterunternehmen einer Versicherungs-Holdinggesellschaft oder eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens eines Drittstaates sind und ihren Sitz in verschiedenen Vertragsstaaten des EWR-Abkommens haben, stellt die Aufsichtsbehörde sicher, dass die in diesem Anhang beschriebene Methode in einheitlicher Weise angewandt wird.

Die Aufsichtsbehörde führt die zusätzliche Beaufsichtigung in den gleichen Zeitabständen durch, wie sie für die Berechnung der Solvabilitäts-spanne von Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen vorgesehen sind.

2. Die Aufsichtsbehörde kann davon absehen, für ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen die Berechnung gemäss diesem Anhang vorzunehmen, wenn:
 - das betreffende Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen ein verbundenes Unternehmen eines anderen Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens ist und in die für dieses andere Unternehmen gemäss diesem Anhang vorgenommene Berechnung einbezogen wird;
 - das betreffende Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen und ein anderes bzw. mehrere andere Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die im selben Vertragsstaat des EWR-Abkommens zugelassen sind, dieselbe Versicherungs-Holdinggesellschaft oder dasselbe Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates als Mutterunternehmen haben und das Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen in die für eines dieser anderen Unternehmen gemäss diesem Anhang vorgenommene Berechnung einbezogen wird;

- das betreffende Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen und ein anderes bzw. mehrere andere Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, die in anderen Vertragsstaaten des EWR-Abkommens zugelassen sind, dieselbe Versicherungs-Holdinggesellschaft oder dasselbe Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates als Mutterunternehmen haben und eine Vereinbarung geschlossen wurde, der zufolge die zusätzliche Beaufsichtigung gemäss diesem Anhang durch die Aufsichtsbehörden eines anderen Vertragsstaates des EWR-Abkommens durchgeführt wird.

In Fällen, in denen Versicherungs-Holdinggesellschaften oder Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates, die sich ihrerseits im Besitz einer anderen Versicherungs-Holdinggesellschaft oder eines Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens eines Drittstaates befinden, kann sich die Aufsichtsbehörde darauf beschränken, die Berechnungen gemäss diesem Anhang auf der Stufe des obersten Mutterunternehmens des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, das eine Versicherungs-Holdinggesellschaft oder ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates ist, vorzunehmen.

3. Die Aufsichtsbehörde stellt mit den anderen zuständigen Behörden sicher, dass auf der Stufe der Versicherungs-Holdinggesellschaft bzw. des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens eines Drittstaates Berechnungen analog zu den in Anhang 5 beschriebenen vorgenommen werden.

Analog heisst in diesem Fall, dass auf der Ebene der Versicherungs-Holdinggesellschaft bzw. des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens eines Drittstaates die grundlegenden Prinzipien und Methoden des Anhangs 5 angewandt werden.

Ausschliesslich für die Zwecke dieser Berechnung wird das Mutterunternehmen wie ein Versicherungs- oder ein Rückversicherungsunternehmen behandelt, für das:

- eine Solvabilitätsanforderung von Null gilt, wenn es sich um eine Versicherungs-Holdinggesellschaft handelt;
- eine Solvabilitätsanforderung gilt, die gemäss den in Anhang 5 genannten Prinzipien festgelegt wird, wenn es sich um ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen eines Drittstaates handelt;
- in Bezug auf die zulässigen Solvabilitätselemente die Bedingungen des Kapitels III gelten.

4. Nichtverfügbarkeit der notwendigen Informationen

Wenn die für die in diesem Anhang vorgesehene Berechnung notwendigen Informationen in Bezug auf ein verbundenes Unternehmen mit statutarischem Sitz in einem Vertragsstaat des EWR-Abkommens oder einem Drittstaat der Aufsichtsbehörde, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur Verfügung stehen, so wird der Buchwert des betreffenden Unternehmens in dem Beteiligungsversicherungsunternehmen von den Solvabilitätselementen abgezogen, die für die in diesem Anhang vorgesehene Berechnung herangezogen werden dürfen. In diesem Fall dürfen etwaige stille Reserven im Zusammenhang mit dieser Beteiligung nicht als zulässiges Solvabilitätselement herangezogen werden.

-
- 1 LR 961.01
-
- 2 Art. 1 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- 3 Art. 2 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 4 Art. 3 abgeändert durch [LGBL. 1999 Nr. 250.](#)
-
- 5 Art. 5 Bst. c abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 6 Art. 6 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 7 Art. 7 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 8 Art. 8 Sachüberschrift abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 9 Art. 8 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 10 Art. 8 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 11 Art. 8 Abs. 5 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 12 Art. 8 Abs. 6 eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 13 Art. 9 aufgehoben durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 14 Art. 10 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 15 Art. 12 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- 16 Art. 12 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- 17 Art. 12 Abs. 3a Einleitungssatz eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 18 Art. 12 Abs. 3a Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- 19 Art. 12 Abs. 3a Bst. b eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- 20 Art. 12 Abs. 3b eingefügt durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- 21 Art. 12 Abs. 4 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- 22 Art. 12 Abs. 5 eingefügt durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- 23 Art. 12 Abs. 6 eingefügt durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- 24 Art. 13 Abs. 3 eingefügt durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- 25 Art. 14 Sachüberschrift abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- 26 Art. 14 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-

-
- [27](#) Art. 14 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [28](#) Art. 14 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [29](#) Art. 15 Sachüberschrift abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [30](#) Art. 15 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [31](#) Art. 15 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [32](#) Art. 15 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [33](#) Art. 17 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [34](#) Art. 17 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [35](#) Art. 17 Abs. 4 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [36](#) Art. 17 Abs. 5 aufgehoben durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [37](#) Art. 18a eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [38](#) Art. 19 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [39](#) Art. 19 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [40](#) Art. 19 Abs. 3a Einleitungssatz eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [41](#) Art. 19 Abs. 3a Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [42](#) Art. 19 Abs. 3a Bst. b eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [43](#) Art. 19 Abs. 3b eingefügt durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [44](#) Art. 19 Abs. 4 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [45](#) Art. 19 Abs. 5 Einleitungssatz abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [46](#) Art. 19 Abs. 5 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [47](#) Art. 19 Abs. 5 Bst. b abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [48](#) Art. 19 Abs. 5 Bst. c abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [49](#) Art. 19 Abs. 5 Bst. d aufgehoben durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [50](#) Art. 19 Abs. 6 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [51](#) Art. 21 Abs. 2 Einleitungssatz abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [52](#) Art. 21 Abs. 2 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)

-
- [53](#) Art. 21 Abs. 2 Bst. b abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [54](#) Art. 21 Abs. 2 Bst. c abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [55](#) Art. 21 Abs. 2 Bst. d abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [56](#) Art. 21 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [57](#) Art. 22 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [58](#) Art. 26a eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [59](#) Art. 27 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [60](#) Art. 27 Abs. 3 eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [61](#) Überschrift vor 28a eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [62](#) Art. 28a eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [63](#) Art. 28b eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [64](#) Art. 28c eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [65](#) Art. 28d eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [66](#) Art. 28e eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [67](#) Art. 28f eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [68](#) Art. 28g eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [69](#) Art. 28h eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [70](#) Art. 28i eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [71](#) Art. 28k eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [72](#) Art. 28l eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [73](#) Art. 28m Sachüberschrift eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [74](#) Art. 28m Abs. 1 eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [75](#) Art. 28m Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2014 Nr. 299.](#)
-
- [76](#) Art. 28m Abs. 3 eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [77](#) Art. 28n eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [78](#) Art. 31 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)

-
- [79](#) Art. 33 Bst. b abgeändert durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [80](#) Art. 33 Bst. e eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [81](#) Art. 41 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [82](#) Art. 43 Abs. 1 Bst. b abgeändert durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [83](#) Art. 43 Abs. 1 Bst. e eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [84](#) Überschrift vor 47a eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [85](#) Art. 47a eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [86](#) Art. 47b eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [87](#) Art. 47c eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [88](#) Art. 47d eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [89](#) Art. 47e eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [90](#) Art. 47f eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [91](#) Art. 47g eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [92](#) Art. 48 abgeändert durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [93](#) Art. 49 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL 2009 Nr. 66](#).
-
- [94](#) Überschrift vor Art. 50 abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [95](#) Art. 51 Bst. a abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [96](#) Art. 51 Bst. b abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [97](#) Art. 51 Bst. e abgeändert durch [LGBL 2013 Nr. 12](#).
-
- [98](#) Art. 53 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [99](#) Art. 53 Abs. 2 Einleitungssatz abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [100](#) Art. 53 Abs. 2 Bst. a abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [101](#) Art. 53 Abs. 2 Bst. b abgeändert durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [102](#) Art. 53 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [103](#) Art. 53 Abs. 4 abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [104](#) Art. 54 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).

-
- [105](#) Art. 55 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [106](#) Art. 56 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [107](#) Art. 57 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [108](#) Art. 57 Abs. 3 eingefügt durch [LGBL. 1999 Nr. 250.](#)
-
- [109](#) Art. 57a eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [110](#) Art. 57b eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [111](#) Art. 59 Sachüberschrift abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [112](#) Art. 59 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [113](#) Art. 59 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [114](#) Art. 59 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [115](#) Art. 59 Abs. 4 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [116](#) Art. 59 Abs. 5 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [117](#) Art. 59 Abs. 6 Einleitungssatz abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [118](#) Art. 59 Abs. 6 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [119](#) Art. 59 Abs. 6 Bst. b abgeändert durch [LGBL. 2013 Nr. 261.](#)
-
- [120](#) Art. 59 Abs. 7 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [121](#) Art. 59 Abs. 8 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [122](#) Art. 60 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [123](#) Art. 61 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [124](#) Art. 61a eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [125](#) Art. 61b eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [126](#) Art. 62 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [127](#) Art. 63 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [128](#) Überschrift vor Art. 64 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [129](#) Art. 64 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [130](#) Art. 65 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL. 1999 Nr. 250.](#)

-
- [131](#) Art. 65 Abs. 4 eingefügt durch [LGBL 1999 Nr. 250](#).
-
- [132](#) Art. 66 abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [133](#) Art. 67 abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [134](#) Art. 68 Abs. 1 abgeändert durch [LGBL 2004 Nr. 302](#).
-
- [135](#) Art. 68 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL 2004 Nr. 302](#).
-
- [136](#) Art. 71 Abs. 1 Bst. a abgeändert durch [LGBL 2004 Nr. 302](#).
-
- [137](#) Art. 71 Abs. 1 Bst. b abgeändert durch [LGBL 2004 Nr. 302](#).
-
- [138](#) Art. 71 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL 2004 Nr. 302](#).
-
- [139](#) Art. 72 Abs. 2 abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [140](#) Art. 72 Abs. 3 abgeändert durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [141](#) Überschrift vor Art. 72a abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [142](#) Art. 72a Sachüberschrift eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [143](#) Art. 72a Abs. 1 abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [144](#) Art. 72a Abs. 2 eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [145](#) Art. 72a Abs. 3 eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [146](#) Art. 72a Abs. 4 eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [147](#) Art. 72a Abs. 5 eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [148](#) Art. 72b Sachüberschrift eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [149](#) Art. 72b Abs. 1 eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [150](#) Art. 72b Abs. 2 eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [151](#) Art. 72b Abs. 3 eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [152](#) Art. 72b Abs. 4 eingefügt durch [LGBL 2009 Nr. 333](#).
-
- [153](#) Art. 72b Abs. 5 eingefügt durch [LGBL 2012 Nr. 391](#).
-
- [154](#) Art. 72c Sachüberschrift eingefügt durch [LGBL 2003 Nr. 95](#).
-
- [155](#) Art. 72c Abs. 1 abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).
-
- [156](#) Art. 72c Abs. 2 abgeändert durch [LGBL 2005 Nr. 92](#).

-
- [157](#) Art. 72c Abs. 2a eingefügt durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [158](#) Art. 72c Abs. 3 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [159](#) Art. 72c Abs. 4 eingefügt durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [160](#) Art. 72c Abs. 5 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [161](#) Art. 72c Abs. 6 abgeändert durch [LGBL. 2005 Nr. 92.](#)
-
- [162](#) Art. 72c Abs. 7 eingefügt durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [163](#) Art. 72c Abs. 8 eingefügt durch [LGBL. 2003 Nr. 95.](#)
-
- [164](#) Art. 72d abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [165](#) Art. 72e abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [166](#) Art. 72f abgeändert durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [167](#) Anhang 2a eingefügt durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [168](#) Anhang 3 abgeändert durch [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [169](#) Anhang 4 abgeändert durch [LGBL. 2003 Nr. 95](#) und [LGBL. 2009 Nr. 333.](#)
-
- [170](#) Anhang 4 Ziff. 14 Bst. a abgeändert durch [LGBL. 1999 Nr. 250.](#)
-
- [171](#) Anhang 5 eingefügt durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-
- [172](#) Anhang 6 eingefügt durch [LGBL. 2012 Nr. 391.](#)
-